

GI Leitsätze

Steuerhaftung / GmbH-Geschäftsführer / Verschuldung des steuerlichen Beraters

Dem Geschäftsführer einer GmbH als Haftungsschuldner kann ein Verschulden des steuerlichen Beraters der GmbH (hier: eines Wirtschaftsprüfers) bei der Fertigung von Steuererklärungen nicht zugerechnet werden. Trifft ihn persönlich kein Auswahl- oder Überwachungsverschulden und hat er keinen Anlaß, die inhaltliche Richtigkeit der von dem steuerlichen Berater gefertigten Steuererklärungen der GmbH zu überprüfen, so haftet er nicht für Steuerverkürzungen, die auf fehlerhaften Steuererklärungen beruhen.

(BFH, Urt. v. 30. 8. 1994 – VII R 101/92 – Stbg 1996, 358)

Wiedereinsetzungsantrag / Abhandengekommene Briefsendung / Postverschulden

Wird ein Wiedereinsetzungsantrag damit begründet, das zur Wahrung der Frist bestimmte Schreiben sei von dem Prozeßbevollmächtigten rechtzeitig vor Ablauf der Frist an das Gericht abgesandt worden, es sei jedoch – falls es dem Gericht nicht vorliege – bei der Post verlorengegangen, müssen zur Glaubhaftmachung des Wiedereinsetzungsgrundes auch die näheren Umstände der Absendung des Schreibens und der Postausgangskontrolle dargelegt und durch Vorlage von Beweismitteln (z.B. des Postausgangsbuchs) oder einer Versicherung an Eides statt der mit der Absendung des Schreibens befaßten Person glaubhaft gemacht werden.

(BFH, Beschl. v. 18. 3. 1996 – I R 103/95 – BFH, NV 1996, 630)

Rechtsanwalts- und Steuerberatungsgesellschaft mbH

Es ist Rechtsanwälten und Steuerberatern erlaubt, zur gemeinschaftlichen Berufsausübung eine GmbH zu gründen.

(OLG Bamberg, Beschl. v. 1. 2. 1996 – 3 W 11/96 – WPK-Mitt. 3/1996)

Firmenzusatz „und Partner“ / Kapitalgesellschaft

Es ist nach allgemeinem Firmenrecht zu beurteilen, ob eine neu gegründete GmbH die Bezeichnung „und Partner“ in ihrer Firma führen darf. § 11 PartGG verbietet die Verwendung dieser Bezeichnung für Kapitalgesellschaften nicht.

(OLG Frankfurt, Beschl. v. 20. 5. 1996 – 20 W 121/96 – ZIP 1996)

Selbstanzeige eines Dritten / Wirkung für Dritte

Das Strafverfolgungshindernis des § 371 Abs. 4 AO erfaßt nicht die Steuerhinterziehung, die durch die Abgabe unrichtiger oder unvollständiger Ursprungserklärungen begangen wurde. „Dritter“ im Sinne des § 371 Abs. 4 AO ist vielmehr nur derjenige, der seine Anzeige- oder Richtigstellungspflicht nach § 153 AO verletzt hat.

(OLG Stuttgart, Beschl. v. 31. 1. 1996 – 1 WS 1/96 – wistra 1996)

Abschlußprüfung / Testat / Aufhebung der Bestellung als Abschlußprüfer

Prüft und testiert ein gemäß § 318 Abs. 3 HGB gerichtlich bestellter Abschlußprüfer den Jahresabschluß einer Gesellschaft, so hat die spätere Aufhebung der gerichtlichen Bestellung als Abschlußprüfer entsprechend § 32 FGG keinen Einfluß auf die Wirksamkeit der Abschlußprüfung und des Testats.

(OLG Düsseldorf, Beschl. v. 26. 2. 1996 – 3 Wx 279/95 – DB 1996, S. 1178)

Steuerberaterhonorar

- Änderung der Rechnung
- Pauschalgebühren

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 8. 2. 1996 – 13 U 255/94)

Leitsatz:

Entspricht das vom Auftraggeber monatlich gezahlte Honorar jeweils der Forderung des Steuerberaters, so ist dieser gehindert, nachträglich höhere Gebühren in Rechnung zu stellen. Dies gilt auch dann, wenn der Steuerberater in der Vergangenheit auf der Grundlage einer unwirksamen, weil nur mündlich getroffenen, Pauschalvereinbarung abgerechnet hat.

Tatbestand:

Die Klägerin hat in der Zeit von 1983 bis Mai 1988 für den Beklagten und dessen Bauunternehmen die Buchführungsarbeiten erledigt. Die Parteien hatten **keine** schriftliche Honorarvereinbarung getroffen. Ihre Leistungen rechnete die Klägerin in gleicher Weise ab wie ihre Vorgängerin. Ausweislich der überreichten Rechnungsabschriften berechneten die Vorgängerin und später die Klägerin bestimmte Beträge für Buchungszeilen und Kontenbeschriftungen. Darüber hinaus stellte die Klägerin den nach Stunden bemessenen Arbeitsaufwand und eine monatliche Pauschale in Rechnung. Insgesamt zahlte der Beklagte für den Zeitraum bis Mai 1988 auf Anforderung der Klägerin 382.018,35 DM.

Nach Beendigung des Steuerberatungsvertrages beschwerte sich der Beklagte mit Eingabe vom 18.5.1988 bei der Steuerberaterkammer über die von der Klägerin angewandte Art der Honorarberechnung. Die Kammer wies mit Schreiben vom 9.6.1988 die Klägerin darauf hin, daß die zahlreichen von ihr erstellten Rechnungen nicht hinreichend spezifiziert seien und daß die Abrechnung von Buchführungsarbeiten einschließlich des Kontierens der Buchungsbelege nicht nach der Zahl der gedruckten Buchungszeilen erfolgen dürfe. Das Schreiben der Kammer enthielt den abschließenden Hin-

weis, daß die Klägerin gehalten sei, Gebührenrechnungen, die der Steuerberatergebührenverordnung nicht entsprächen, neu zu erstellen und entsprechend zu spezifizieren. Diesen Hinweis nahm die Klägerin zum Anlaß, ihre für den Beklagten erbrachte Tätigkeit neu zu berechnen. Sie ermittelte auf diese Weise eine im Schriftsatz der Rechtsanwälte vom 4.8.1988 näher spezifizierte Honorarforderung von 465.114,05 DM. Zusätzlich machte sie aus den in der Anlage zum Schriftsatz vom 25.9.1989 aufgeführten Rechnungen weitere 196.935,54 DM geltend. Hierauf rechnete sie die bereits erhaltenen 382.018,35 DM an.

Die Klägerin hat beantragt,

den Beklagten zu verurteilen, an sie 280.031,24 DM nebst 4% Zinsen seit dem 19.8.1988 zu zahlen.

Der Beklagte hat beantragt,

die Klage abzuweisen.

Hinsichtlich der für den Zeitraum bis Ende 1985 erteilten Rechnungen hat er die Einrede der Verjährung, erhoben. Sodann hat er die Auffassung vertreten, die Klägerin sei lediglich berechtigt gewesen, ihre Leistungen nach der seinerzeit zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarung abzurechnen; ein im nachhinein nach der Gebührenordnung berechnetes höheres Honorar stehe ihr nicht zu.

Im Wege der Widerklage hat der Beklagte die Klägerin auf Zahlung von 172.589,40 DM in Anspruch genommen. Zur Begründung hat er vorgetragen, daß ein Teilbetrag von 106.214,40 DM erforderlich gewesen sei, um die Mängel zu beseitigen, mit denen die Leistung der Klägerin behaftet gewesen sei. Außerdem habe die Klägerin einen Teil der abgerechneten Arbeiten nicht erbracht.

Das Landgericht hat über die Angemessenheit des Honoraranspruchs der Klägerin Beweis erhoben und den Beklagten durch Teilurteil vom 15.11.1994, auf das zur Darstellung der Einzelheiten verwiesen wird, zur Zahlung von 152.308,19 DM verurteilt; in Höhe von 105.169,69 DM hat es die Klage abgewiesen. Die Entscheidung über die restliche Klageforderung von 22.552,36 DM und über die Widerklage steht noch aus. Das Landgericht hat die Berechtigung der Klägerin bejaht, ihren Honoraranspruch

nachträglich neu zu berechnen: Ursprünglich hätten sich die Parteien mündlich wirksam geeinigt, die Leistungen der Klägerin in gleicher Weise abzurechnen, wie dies zuvor geschehen sei. Die Parteien hätten diese Vereinbarung jedoch dahin geändert, daß die Klägerin nunmehr nach der für Steuerberater maßgeblichen Gebührenordnung (StBGebV) abzurechnen habe. Mit seiner an die Steuerberaterkammer gerichteten Eingabe vom 18.5.1988 habe der Beklagte seine Unzufriedenheit mit der bisherigen Abrechnungsweise zum Ausdruck gebracht und zugleich verlangt, daß die Klägerin ordnungsgemäß nach der Gebührenordnung abrechnen solle. Diesem Verlangen habe die Klägerin durch die Neuberechnung ihrer Honorarforderung entsprochen.

Gegen diese Rechtsauffassung wendet sich die Berufung des Beklagten.

Aus den Gründen:

Die Berufung des Beklagten ist begründet und führt zur Abweisung der Klage in Höhe weiterer 152.308,19 DM.

Honoraransprüche der Klägerin, die über den abgerechneten und empfangenen Betrag von 382.018,35 DM hinausgehen, bestehen nicht.

Von den Parteien unangegriffen hat das Landgericht festgestellt, daß die Leistungen der Klägerin nach einer mündlich getroffenen Vereinbarung in gleicher Weise abzurechnen waren, wie dies zuvor durch den Vorgänger der Klägerin gehandhabt wurde. Demnach wurden die Buchführungsarbeiten nach der Anzahl der Buchungszeilen und der Kontenbeschriftungen abgerechnet, wobei je Zeile oder Beschriftung eine Einheitsgebühr zugrunde gelegt wurde. Darüber hinaus rechnete die Klägerin nach Zeitaufwand und einer monatlichen Pauschale ab. Die Vereinbarung bedurfte nicht der Schriftform nach § 4 StBGebV, da die Parteien keine Gebühr vereinbart haben, deren Höhe die gesetzlichen Gebühren überstieg. Allenfalls ist daran zu denken, daß die Bemessung der Vergütung für die Buchungstätigkeit nach der Anzahl der Buchungszeilen ohne Rücksicht auf den Gegenstandswert Merkmale einer Pauschalvergütung aufwies. Nach Inkrafttreten der Gebührenverordnung am 1.4.1982 (§ 49 StBGebV) hätte der Steuerberater auf die nach dem

Gesetz erforderliche (§ 14 StBGebV) Schriftform hinweisen müssen. Tatsächlich wurde die Frage nach der schriftlichen Abfassung der Honorarvereinbarung zwischen den Parteien erörtert. Jedoch widersetzte sich die Klägerin einem entsprechenden Wunsch des Beklagten. Bis zur Beendigung des Vertragsverhältnisses hat der Beklagte gleichwohl das von der Klägerin jeweils berechnete Honorar bezahlt. Entsprach das monatliche Honorar der Forderung des Steuerberaters, so ist dieser gehindert, nachträglich höhere Gebühren in Rechnung zu stellen (*Senat, Urt. v. 18.7.1991 – 13 U 22/91*).

Eine **wirksame Honorarvereinbarung**, die der Klägerin das Recht gab, nachträglich ihre gesamte Tätigkeit seit dem Jahre 1981 nach § 33 StBGebV abzurechnen, ist nicht zustande gekommen. Der gegenteiligen Ansicht des Landgerichts und der Klägerin folgt der Senat nicht. Der Inhalt des zwischen den Parteien am 16.5.1988 geführten Ferngesprächs, in dessen Verlauf der Beklagte die von der Klägerin geübte Art der Abrechnung beanstandete, und das an die Steuerberaterkammer gerichtete Schreiben des Beklagten vom 18.5.1988 waren nicht geeignet, die Rechtsbeziehungen der Parteien neu zu gestalten. Hierzu bestand mit Rücksicht auf die vom Beklagten zuvor ausgesprochene Kündigung des Steuerberatervertrags kein Anlaß. Die vom Beklagten an den Rechnungen der Klägerin geübte Kritik enthielt zudem keine Willenserklärung, die auf eine Vertragsänderung gerichtet war, sondern sollte die Klägerin veranlassen, ordnungsgemäß abzurechnen.

Abgesehen davon, daß die Steuerberaterkammer nicht dazu bestellt ist, an die Klägerin gerichtete Willenserklärungen des Beklagten entgegen zu nehmen, lag es nicht in der Absicht des Beklagten, von der ursprünglichen Absprache der Parteien, das Honorar so abzurechnen, wie dies durch die Vorgängerin geschehen sei, abzurücken.

Im übrigen kann ein Steuerberater nur unter besonderen Voraussetzungen sein Honorar neu berechnen und gleichzeitig anheben. Im Streitfall ist die Klägerin an einer derartigen Nachberechnung gehindert, weil sie an die mündliche oder stillschweigende Vereinbarung mit dem Beklagten gebunden ist. **Die Vereinbarung einer niedrigeren Vergütung, als sie sich aus der Gebührenordnung ergibt,**

ist grundsätzlich zulässig (Eckert/Böttcher, Steuerberatergebührenverordnung, 2. Aufl., Rdn. 3 zu § 4). Anhaltspunkte dafür, daß der Beklagte gegen **§ 1 UWG** verstoßen oder die Klägerin unzulässigerweise unter Druck gesetzt hat, fehlen. Die Klägerin selbst trägt vor, daß ihr während der Vertragszeit die Vorschriften der Steuerberatergebührenverordnung unbekannt gewesen seien.

Diese Rechtsunkenntnis gestattete der Klägerin zwar, für die Zukunft eine Abrechnung nach der Gebührenordnung zu verlangen. Eine Neuberechnung des Honorars für die Vergangenheit scheidet dagegen aus. Die Klägerin wäre nämlich verpflichtet gewesen, auf die Gebührenordnung und die Notwendigkeit der Einhaltung der Schriftform bei Vereinbarung eines Pauschalhonorars hinzuweisen, um dem Beklagten die Möglichkeit zu geben, über die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses mit der Klägerin nachzudenken. Der Steuerberater kann in Übereinstimmung mit einer bestehenden Absprache verbindlich vorgenommene Gebührenbestimmungen nicht mehr nachträglich abändern, sofern keine Nichtigkeits- oder Abänderungsgründe vorliegen (OLG Düsseldorf – 18. Zivilsenat, GI 1992, 91, 92).

Steuerberaterhonorar

- Kriterien für den Rahmensatz
- Buchführung, Lohnkonten
- Zeitgebühren

(OLG Düsseldorf, Urt.v. 25. 4. 1996 – 13 U 81/95)

Leitsätze (d. Red.):

1. Maßgebend für den Rahmensatz beim Buchführungshonorar sind u. a. die Zahl der Konten, insbesondere Kontokorrentkonten, die Zahl der Buchungen, die Wiederholungs- und Einzelbuchungen, der Schwierigkeitsgrad der Kontierung und der Zustand der Aufzeichnungen und Belege der Grundaufzeichnungen.

2. Maßgebend für den Rahmensatz bei der Lohnbuchführung sind u. a. die Zahlung fester oder wechselnder Vergütungen, die Erforderlichkeit von Sonderberechnungen, die Berücksichtigung von steuerfreien Lohnanteilen oder von Besonderheiten der Branche.

3. Die Einforderbarkeit (§ 9 Abs. 2 StBGebV) einer Zeitgebühr verlangt vom Steuerberater, daß die einschlägige Gebührevorschrift und darüber hinaus auch § 13 StBGebV, in der die Höhe der Vergütung geregelt ist, angegeben wird.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist nur teilweise begründet.

I.

Auf der Grundlage der mit der Berufungsbeurteilung vorgelegten Rechnungen kann der Kläger für die geleistete steuerberatende Tätigkeit über die vom Landgericht zuerkannten 4.291,19 DM hinaus noch 1.360,05 DM beanspruchen. Die weitergehende Gebührenforderung ist dagegen unbegründet.

1. Rechnung vom 3.6. 1992 über nunmehr 3.522,60 DM

Der Kläger macht für „sonstige Leistungen“ die **Zeitgebühr** nach § 13 Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV) geltend. Der Vergütungsanspruch war bis zur Überreichung des Schriftsatzes vom 29.2. 1996 nebst der beigefügten Unterlagen nicht klagbar, weil die Rechnung den Anforderungen, die in den §§ 9, 13 StBGebV gestellt werden, nicht genügt hat. Zwar können einzelne Tätigkeiten wie das Prüfen von Steuerbescheiden (§ 28 StBGebV), die Teilnahme an Prüfungen (§ 29 StBGebV) und Besprechungen mit Dritten oder Behörden in abgabenrechtlichen Angelegenheiten (§ 30 StBGebV), auch bestimmte Tätigkeiten bei der Buchführung (z. B. §§ 32, 33 Abs. 7 StBGebV), durch die Zeitgebühr abgegolten werden. Darüber hinaus kann der Steuerberater nach § 13 Abs. 1 Nr. 2 StBGebV eine Zeitgebühr beanspruchen, **wenn es an genügenden Anhaltspunkten für die Schätzung des Gegenstandswertes mangelt**. Der Kläger hatte aber nicht dargelegt, ob einer und

gegebenenfalls welcher der in der Verordnung geregelten Fälle, der zur Erhebung der Zeitgebühr berechtigt, vorlag. Er hat einen Teil der Leistung zunächst nach § 23 StBGebV abrechnen wollen. „Sonstige Einzeltätigkeiten“, wie sie in § 23 StBGebV beschrieben sind, können aber nicht mit der Zeitgebühr berechnet werden (§ 13 Nr. 2 StBGeb). Nach dem Wortlaut der mit der Berufungsbegründung vorgelegten Rechnung soll ein Fall der zweiten Alternative des § 13 StBGebV ohnehin nicht vorgelegen haben.

Ob die mit Schriftsatz vom 29.2.1996 überreichte Rechnung den Anforderungen der §§ 9, 13 StBGebV genügt, kann auf sich beruhen.

Der neue Sachvortrag ist gemäß § 296 Abs. 2 ZPO als verspätet zurückzuweisen. Diese Vorschrift regelt u. a. die Folgen der Verletzung der allgemeinen, nicht von gesetzlichen Fristen beeinflussten Prozeßförderungs pflicht. Sie ist auch im Berufungsrechtszug anwendbar (BGH, NJW 1987, 501, 502). Danach können Angriffs- und Verteidigungsmittel, die entgegen § 282 Abs. 2 ZPO nicht rechtzeitig mitgeteilt werden, zurückgewiesen werden, wenn ihre Zulassung nach der freien Überzeugung des Gerichts die Erledigung des Rechtsstreits verzögern würde und die Verspätung auf grober Nachlässigkeit beruht. Diese Voraussetzungen sind hier erfüllt. Zu den Angriffsmitteln im Sinne des § 296 Abs. 2 ZPO gehören die tatsächlichen und rechtlichen Behauptungen, die den Sachvortrag einer Partei stützen sollen. Ohne Prüfung der mit dem Schriftsatz vom 29.2.1996 überreichten Unterlagen hätte die Beklagte keine Erklärung in der Sache abgeben können. Der Kläger war daher gehalten, den ergänzenden Sachvortrag vor der mündlichen Verhandlung so rechtzeitig mitzuteilen, daß sich die Beklagte hätte erklären und der Senat die erforderlichen Beweis anforderungen hätte treffen können. Da die Beklagte im nachgewiesenen Schriftsatz vom 21.3.1996 insbesondere die Richtigkeit der Leistungserfassung bestreitet, wäre eine Sachaufklärung erforderlich gewesen, die Entscheidung des Rechtsstreits mithin verzögert worden.

Die Verspätung beruht auch auf grober Nachlässigkeit des Klägers. Grob nachlässig im Sinne von § 296 Abs. 2 ZPO handelte eine Prozeßpartei, wenn sie ihre Prozeßführungspflicht in besonders hohem Maße vernachlässigt, wenn sie also dasjenige unterläßt, was nach dem

Stand des Verfahrens jeder Partei als notwendig hätte einleuchten müssen (BGH, NJW 1987, 501, 502). Der Vorwurf grober Nachlässigkeit trifft den Kläger vor allem deshalb, weil die Beklagte bereits in der Berufungserwiderung vom 20.11.1995 in Abrede gestellt hat, die nunmehr überreichten Leistungserfassungen erhalten zu haben.

Für die mit Schriftsatz des Klägers vom 12.4.1996 beantragte Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung besteht kein Anlaß.

2. Rechnung vom 18.5.1993 über nunmehr 3.282,10 DM

Das Landgericht hat dem Kläger einen Betrag von 3.247,60 DM zugesprochen. Die darüber hinaus geltend gemachten 34,50 DM kann er nicht beanspruchen.

Für die in der ersten Position der Rechnung beschriebene Leistung gilt nach § 24 Abs. 1 Nr. 1 StBGebV ein Gebührenrahmen von 1/10 bis 6/10. Die Mittelgebühr beträgt mithin $(1/10 + 6/10 : 2) 3,5/10$ der vollen Gebühr nach Tabelle A. Ermessenserwägungen, die eine Anhebung der Gebühr von 3,5/10 auf 4/10 rechtfertigen könnten, werden nicht mitgeteilt. Die Rechnung des Klägers enthält keine Angaben, warum unter Berücksichtigung der in § 11 StBGebV aufgezählten Umstände die Bestimmung der 4/10-Gebühr angemessen sein soll. **Zwar schreibt die Gebührenordnung dem Steuerberater nicht vor, daß er dem Mandanten seine Ermessenserwägungen bereits in der Gebührenrechnung mitteilen muß.** In der Berufungsbegründung verweist der Kläger zur Rechtfertigung auf die Ausführungen in seinem erstinstanzlichen Schriftsatz vom 19.9.1994. Dieser enthält aber weder konkrete Darlegungen zur überdurchschnittlichen Bedeutung der berechneten Leistung, noch zum überdurchschnittlichen Umfang der Sache oder zu den bei der Bearbeitung aufgetretenen Schwierigkeiten.

3. Rechnung vom 14.3.1994 über nunmehr 3.963,05 DM

Der Kläger macht für in den Jahren 1992 und 1993 erbrachte „sonstige Leistungen“ wiederum die Zeitgebühr nach § 13 StBGebV geltend. Ob die mit Schriftsatz vom 29.2.1996 überreichte Rechnung den Anforderungen der §§ 9,

13 StBGebV genügt, kann auf sich beruhen. Der neue Sachvortrag ist gemäß § 296 Abs. 2 ZPO als verspätet zurückzuweisen. Auf die Ausführungen unter I.1. wird Bezug genommen.

4. Rechnung vom 21.4.1994 über 7.053,30 DM

Der Kläger kann für die berechneten Leistungen noch 862,77 DM beanspruchen.

a) Die Beklagte hat für die **Buchführung** des Jahres 1993 – wie das Landgericht zu Recht angenommen hat – lediglich die **Mittelgebühr (7/10)** nach § 33 Abs. 1 StBGebV zu entrichten. Bei einem Gegenstandswert von unstreitig 778.198 DM errechnen sich Gebühren in Höhe von 5.636,40 DM.

Maßgebend für die Wahl des Rahmensatzes (2/10 – 12/10) sind u.a. **die Zahl der Konten, insbesondere der Kontokorrentkonten, die Zahl der Buchungen**, das Verhältnis von Wiederholungsbuchungen für gleichgelagerte Geschäftsvorgänge zu den **Einzelbuchungen**, der **Schwierigkeitsgrad der Kontierung sowie der Zustand der Aufzeichnungen** und der **Belege des Auftraggebers** (Eckert/Böttcher, StBGebV, 2. Aufl., §§ 32 – 33 Rdn. 2). Die Erläuterungen des Klägers hätten in dieser Hinsicht weitaus konkreter sein müssen. Sein Vorbringen über die chaotischen Verhältnisse im Verantwortungsbereich der Beklagten, über **nicht nachvollziehbare Barzahlungen und Zuordnungsschwierigkeiten beziehen sich auf ein Beurteilungskriterium und lassen den darüber hinaus erforderlichen Sachvortrag vermissen.**

b) Die Beklagte ist des weiteren gemäß § 34 Abs. 2 StBGebV verpflichtet, an den Kläger 750 DM zu zahlen. Für die Führung der **Lohnkonten** kann der Kläger allerdings wiederum nur die **Mittelgebühr von 12,50 DM** (Betragsrahmen von 5 DM bis 20 DM) je Arbeitnehmer und Abrechnungszeitraum beanspruchen. Maßgebend für die Wahl der Gebühr sind folgende beispielhaft genannte Gesichtspunkte: **Zahlung fester, sich langfristig nicht verändernder oder stets wechselnder Vergütungen, die Erforderlichkeit von Sonderberechnungen, die Berücksichtigung von steuerfreien Lohnanteilen oder von Besonderheiten der Branche** (Eckert/Böttcher, a.a.O., § 34 Rdn. 2). Daß die Verhältnisse bei der Beklagten die Berechnung

des Höchstsatzes rechtfertigen könnten, hat der Kläger aber nicht hinreichend dargelegt.

c) Der Kläger ist nicht berechtigt, isoliert **DATEV-Gebühren** zu berechnen. Der Steuerberater kann die **Kosten der Nutzung der eigenen Rechenanlage oder die der Beauftragung eines Rechenzentrums nur aufgrund von § 33 Abs. 4 StBGebV oder nach § 34 Abs. 4 StBGebV** beanspruchen (Eckert/Böttcher, a.a.O., §§ 32 – 33 Rdn. 4 – Anmerkung zu Abs. 4; § 34 Rdn. 2 – Anmerkung zu Abs. 4). Hier hat der Kläger sein Honorar, soweit es um die Erledigung der Lohnbuchhaltung geht, nach § 34 Abs. 2 StBGebV berechnet und damit von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, eine höhere Rahmengebühr verlangen zu können.

d) Der Kläger kann nach allem 6.386,40 DM unter Berücksichtigung von 15% Mehrwertsteuer (957,96 DM) 7.344,36 DM beanspruchen. Auf diesen Betrag sind unstreitig 5.438 DM gezahlt worden. Das Landgericht hat dem Kläger weitere 1.043,59 DM zugesprochen. Es verbleibt mithin ein offener Posten von 862,77 DM.

5. Rechnung vom 20.5.1994 über 6.266,36 DM

Der Kläger kann für die berechneten Leistungen noch 497,28 DM beanspruchen.

a) Die Beklagte hat für die Buchführung des Jahres 1992 lediglich die Mittelgebühr (7/10) nach § 33 Abs. 1 StBGebV zu entrichten. Auf die Ausführungen unter I.4.a) wird Bezug genommen. Bei einem Gegenstandswert von unstreitig 893.141 DM errechnen sich Gebühren von 6.098,40 DM.

b) Die Beklagte hat darüber hinaus gemäß § 34 Abs. 2 StBGebV für die Führung der Lohnkonten 975 DM zu zahlen.

Der Kläger kann nur die Mittelgebühr von 12,50 DM je Arbeitnehmer beanspruchen. Die Ausführungen unter I.4.b) gelten auch hier sinngemäß.

c) Schließlich sind die vom Kläger geltend gemachten 120 DM für die **An- und Abmeldung von Arbeitnehmern bei Berufsgenossenschaften** u.ä. nicht einforderbar und klagbar, weil die vorgelegte Rechnung hinsichtlich dieser Position nicht den Anforderungen des § 9 Abs. 2 StBGebV entspricht. Nach dieser Vorschrift sind in der Berechnung des Steuerbersaters die Beträge der einzelnen Gebühren und

Auslagen, die Vorschüsse sowie die angewandten Gebührevorschriften und bei Wertgebühren auch der Gegenstandswert anzugeben. **Der Steuerberater, der eine Zeitgebühr beansprucht, hat die für die erledigte Angelegenheit einschlägige Gebührevorschrift** – hier § 34 Abs. 5 StBGebV –, **darüber hinaus aber auch § 13 StBGebV, der die Höhe der Vergütung regelt, anzugeben** (Senat, GI 1993, 398, 399 m.w.N.).

d) Dem Kläger stehen für seine Leistungen insgesamt 7.073,40 DM und unter Berücksichtigung von 14 % Mehrwertsteuer (990,28 DM) 8.063,68 DM zu. Auf diesen Betrag hat die Beklagte 7.566,40 DM gezahlt, so daß der Kläger noch 497,28 DM fordern kann.

6. Rechnung vom 2.2.1996 über 4.515,48 DM

Der Kläger macht für in den Jahren 1991 bis 1993 erbrachte „sonstige Leistungen gem. Anlage“ die Zeitgebühr nach § 13 StBGebV geltend. Die zur Erläuterung beigefügte Anlage enthält dagegen Angaben zur Berechnung von Wertgebühren. Der Vergütungsanspruch wäre nicht klagbar, wenn der Kläger tatsächlich eine Zeitgebühr beanspruchen wollte. Hier gelten die Ausführungen unter I.1.

Sofern der Kläger dagegen nach Gegenstandswerten abrechnen will, ist sein Vorbringen wiederum als verspätet zurückzuweisen. Auf die Ausführungen unter I.1. wird zur Vermeidung von Wiederholungen verwiesen. Die Beklagte hat bestritten, daß die in den Leistungserfassungen aufgeführten, also auch die hier interessierenden und mit einem „W“ gekennzeichneten Tätigkeiten entfaltet worden seien.

7. Die zugesprochenen Zinsen (8 % von 1.360,05 DM ab 21.6.1995) finden ihre Rechtfertigung in den §§ 286, 288, 291 BGB. Die darüber hinaus erhobene Zinsforderung ist nicht begründet, weil die im Berufungsrechtszug weiter verfolgten Honorarforderungen erst durch die Vorlage neuer Gebührenrechnungen einforderbar geworden sind.

Steuerberaterhaftung

- Schaden wegen nicht anerkannter Pensionsrückstellung?
 - Dienstvertrag mit Ehefrau
 - Schaden wegen Steuerstrafe?
- (OLG Hamm, Urt.v. 2. 6. 1995 – 25 U 162/94)

Leitsätze (d. Red.):

1. Ein Schaden wegen entgangener Pensionsrückstellung muß die höhere Steuerprogression im Zeitpunkt der Auflösung der Rückstellung berücksichtigen.

2. Die Strafe oder das Bußgeld, das dem Mandanten auferlegt worden ist, kann er regelmäßig nicht als Schaden gegenüber seinem Steuerberater geltend machen. Dies würde deren Sinn und Zweck widersprechen.

Tatbestand:

Der Kläger nimmt den Beklagten, der ihn bis zum 30.6.1990 steuerlich beraten hat, auf Schadenersatz wegen seiner Auffassung nach fehlerhafter Beratungstätigkeit in Anspruch.

Der Beklagte hat für den Kläger, der als Internist eine medizinische Praxis betreibt, unter dem 14. 11. 1984 zugunsten der Ehefrau des Klägers, welche als medizinisch-technische Assistentin im Angestelltenverhältnis in der Praxis des Klägers mitarbeitet, eine Pensionszusage entworfen. Danach sollte die Ehefrau für den Fall ihres Ausscheidens aus den Diensten des Klägers nach Vollendung des 65. Lebensjahres ein lebenslanges Ruhegeld in Höhe von monatlich 80 % des zuletzt bezogenen Festgehaltes erhalten. Auf den weiteren Inhalt der schriftlichen Pensionszusageerklärung wird Bezug genommen.

Der Kläger bildete in Höhe der Pensionszusage entsprechende Rückstellungen. Ab Mitte 1989 fand bei dem Kläger eine steuerliche Betriebsprüfung für den Zeitraum von 1984 bis 1987 statt. In dem Betriebsprüfungsbericht vom 13. 12. 1989, auf dessen weiteren Inhalt, insbesondere unter Tz. 18, Bezug genommen wird, wurde die Pensionsrückstellung steuerlich nicht

anerkannt, und zwar im wesentlichen aus den folgenden Gründen:

- Für die Bildung von Rückstellungen für Pensionszusagen zwischen Ehegatten in Einzelunternehmen sei eine Zusage für Witwenversorgung nicht zulässig. Da die Ehefrau des Klägers (die ca. 5 Jahre jünger ist als dieser) nach der allgemeinen Sterbetafel eine höhere Lebenserwartung habe als der Kläger und das Ruhegeld für die Ehefrau „lebenslänglich“ gezahlt werden sollte, liefe die Regelung im Ergebnis auf eine steuerlich unzulässige Witwenversorgung hinaus.
- Die Vereinbarung von 80 % des letzten Festgehaltenes als Ruhegeld sei zu hoch, da das Ruhegeld entsprechend den geltenden Regelungen 75 % nicht übersteigen dürfe.
- Den vier weiteren Angestellten des Klägers sei eine vergleichbare Pensionszusage nicht angeboten worden.
- Es sei keine Rückdeckungsversicherung abgeschlossen worden und der Pensionsanspruch nicht für den Fall der Insolvenz gesichert worden.

Die Nichtanerkennung der Pensionsrückstellungen führte dazu, daß der Kläger den entsprechend höheren Gewinn für 1984 bis 1987 nachversteuern mußte. Auf die entsprechenden Steuerbescheide wird Bezug genommen. Der Kläger legte gegen die Steuerbescheide 1984 bis 1987 Einsprüche ein. Auf die Stellungnahme des Finanzamtes in den Einspruchsverfahren vom 6.4.1990 sowie vom 28.10.1991 wird Bezug genommen. Die Einspruchsverfahren, in welchen der Kläger inzwischen von einer anderen Steuerberatersozietät vertreten wird, sind noch nicht abgeschlossen.

Unstreitig wurde das Arbeitsverhältnis zwischen dem Kläger und seiner Ehefrau im Jahre 1986 gekündigt und erst im Jahre 1989 wieder aufgenommen.

Zwischen den Parteien ist streitig, ob und ggf. in welcher Höhe überhaupt eine Pensionsrückstellung hätte gebildet werden können. Der Kläger hat dazu geltend gemacht, die Pensionszusage wäre auf der Basis von 75 % sowie mit einer entsprechenden Rückdeckungsversicherung steuerlich anerkannt worden, wenn der Beklagte ihn damals richtig beraten hätte. Bei einer zulässigen Rückstellung von 75 % hätte er

eine Steuerersparnis in Höhe von 57.433,54 DM erzielen können. Diesen Betrag hat der Kläger als Schaden geltend gemacht, wobei hinsichtlich der Schadensberechnung im einzelnen auf S. 4 der Klageschrift vom 5.8.1992 Bezug genommen wird.

Des weiteren hat der Kläger einen Betrag von 6.000 DM als Schadenersatz geltend gemacht. Diesen Betrag habe er – unstreitig – als Geldbuße wegen leichtfertiger Steuerverkürzung für den Zeitraum von 1984 bis 1987 zahlen müssen; auf den entsprechenden Bußgeldbescheid vom 7.11.1990 wird Bezug genommen. Der Kläger hat dazu behauptet, er habe die Geldbuße zahlen müssen, weil der Beklagte die Buchführung und die Jahresabschlüsse des Klägers für die vorbezeichneten Zeiträume nachlässig und mangelhaft erstellt habe. Schließlich hat der Kläger Kosten der Rechtsverfolgung des noch nicht abgeschlossenen Rechtsbehelfsverfahrens gegen das Finanzamt E. in Höhe von 6.122,03 DM geltend gemacht.

In einem Vorprozeß hat die P. Steuerberatungsgesellschaft mbH als Rechtsnachfolgerin des Beklagten Steuerberaterhonorar vor dem Landgericht E. eingeklagt. In diesem Rechtsstreit hat der Kläger den hier geltend gemachten Schadenersatzanspruch hilfsweise zur Aufrechnung gestellt. Das Landgericht hat in seinem Urteil vom 28.2.1992 die zur Aufrechnung gestellte Gegenforderung für unbegründet erachtet. Die hiergegen vom jetzigen Kläger eingelegte Berufung ist mit Urteil des erkennenden Senats vom 27.10.1994 im wesentlichen zurückgewiesen worden.

Der Beklagte hat die Auffassung vertreten, die Klage sei bereits unzulässig, soweit über die im Vorprozeß hilfsweise zur Aufrechnung gestellte Forderung eine rechtskräftige Entscheidung ergangen sei. Im übrigen seien vom Kläger behauptete Pflichtverstöße nicht kausal geworden für die Anerkennung der Pensionsrückstellung und für die dadurch bedingte Steuernachforderung. Die Überschreitung der 75 %-Grenze hätte nicht zu einer generellen Versagung der Rückstellungsbildung geführt, vielmehr lediglich zu einer Kürzung der Rückstellung in Höhe des nicht angemessenen Teils von 5 %.

Die Regelung sei insgesamt schon deshalb unzulässig gewesen, weil sie bei der wesentlich

höheren Lebenserwartung der Ehefrau des Klägers wegen der Formulierung „lebenslangliches Ruhegeld“ die nicht rückstellungsfähige Zusage einer Witwenversorgung beinhaltet habe. Im übrigen sei den weiteren vier familienfremden Angestellten des Klägers – unstreitig – eine vergleichbare Pensionszusage nicht angeboten worden, so daß es am ernstlichen Willen des Klägers gefehlt habe, die Zusage zugunsten seiner Ehefrau auch tatsächlich einzuhalten.

Das Landgericht hat durch das angefochtene Urteil die Klage abgewiesen. Zur Begründung ist im wesentlichen ausgeführt, daß in Höhe eines Teilbetrages von 14.307,12 DM – dies war der Klagebetrag im früheren Verfahren – die rechtskräftige Entscheidung des Landgerichts E. der erneuten Klage entgegenstehe. Im übrigen könne eine schadensverursachende Fehlberatung des Klägers durch den Beklagten nicht festgestellt werden, zumal die Anerkennung der Pensionsrückstellung nicht nur an der Höchstgrenze von 75 % gescheitert sei, sondern an den übrigen wesentlich einschneidenderen Bedenken, wie sie sich aus Tz. 18 des Betriebsprüfungsberichtes vom 13. 12. 1989 ergäben. Auf die Einzelheiten der Entscheidungsgründe des angefochtenen Urteils wird Bezug genommen.

Gegen dieses Urteil richtet sich die Berufung des Klägers...

Der Beklagte rügt Klageänderung, da der Kläger in erster Instanz seine Klage lediglich auf den Vorwurf fehlender Begrenzung der Pensionszusage auf 75 % der Altersruhebezüge sowie auf einen angeblich versäumten Hinweis auf die Erforderlichkeit des Abschlusses einer Rückdeckungsversicherung gestützt habe, während er nunmehr in zweiter Instanz seine Klage auf sämtliche Beratungsfehler entsprechend Tz. 18 des Betriebsprüfungsberichtes vom 13. 12. 1989 erweitert habe. Der Beklagte erhebt hinsichtlich der „nachgeschobenen“ Klagegründe die Verjährungseinrede und verteidigt im übrigen das angefochtene Urteil mit Rechtsausführungen.

Aus den Gründen:

Die Berufung ist im Ergebnis unbegründet.

I.

Allerdings vermag der Senat nicht der vom Landgericht vertretenen Auffassung zu folgen,

wonach über einen Teilbetrag von 14.307,12 DM bereits eine rechtskräftige Entscheidung im Sinne des **§ 322 Abs. 2 BGB** ergangen sei. Eine solche **Rechtskrafterstreckung** der Entscheidung über die im Vorprozeß zur Aufrechnung gestellte Gegenforderung scheitert bereits an der notwendigen Identität der Parteien, da Kläger des früheren Verfahrens nicht der hiesige Beklagte, sondern die vom Beklagten später gegründete P. Steuerberatungsgesellschaft mbH war. Auch ein Fall der Rechtskrafterstreckung nach § 325 ZPO liegt nicht vor, weil das Urteil nicht, wie dies § 325 ZPO voraussetzt, für oder gegen den Rechtsvorgänger ergangen ist, sondern umgekehrt für die P. GmbH als (mögliche Rechtsnachfolgerin des Beklagten. In diesem Falle tritt eine Rechtskrafterstreckung nicht ein.

II.

Der geltend gemachte Schadenersatzanspruch ist jedoch in der Sache insgesamt unbegründet. Dabei ist zunächst darauf hinzuweisen, daß nichts dazu vorgetragen ist, daß der Kläger die als Schaden geltend gemachten höheren Steuern überhaupt gezahlt hat. Unstreitig sind die Einspruchsverfahren bis heute nicht bestandskräftig abgeschlossen. Außerdem ergibt sich aus der Stellungnahme des Finanzamts E. vom 6. 4. 1990, daß die Einforderung des Teiles der Steuerforderungen, auf den sich die Einsprüche beziehen, bis zum Abschluß der Einspruchsverfahren vorläufig ausgesetzt worden ist. Solange aber der Kläger nicht die höheren Steuern tatsächlich gezahlt und die Zahlung belegt hat, kann er mangels entsprechenden Schadens keine Zahlung, sondern allenfalls Freistellung verlangen. Der Klageantrag hätte daher auf Freistellung umgestellt werden müssen, worauf der Senat im Termin auch nach § 139 ZPO hingewiesen hat.

Aber auch die Voraussetzungen für einen etwaigen Freistellungsanspruch liegen nicht vor. Denn eine Schadenersatzpflicht des Beklagten wegen fehlerhafter Beratungstätigkeit aus positiver Vertragsverletzung des Steuerberatungsvertrages könnte dem Grunde nach nur bestehen, wenn zum einen der Beklagte den Kläger im Zusammenhang mit der Ruhegeldvereinbarung vom 14. 11. 1984 falsch beraten hätte und zum anderen bei richtiger Beratung der

geltend gemachte Schaden in Form der höheren Steuern hätte vermieden werden können, was nur dann der Fall gewesen wäre, wenn die Pensionsrückstellung tatsächlich hätte gebildet und in der Folgezeit auch hätte aufrechterhalten werden können. Letzteres ist indessen nicht der Fall, weil die Anerkennung der Pensionsrückstellung sowie ihre Fortdauer an anderen vom Beklagten nicht zu beeinflussenden Umständen gescheitert wäre. Im einzelnen ist dazu festzustellen:

a) Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die Rückstellung in Höhe des im Rahmen der Schadenberechnung geltend gemachten Betrages von 75% des steuerpflichtigen Einkommens der Ehefrau steuerlich nicht hätte anerkannt werden können. Nach dem Erlass des Bundesministers der Finanzen vom 4.9.1984 (*BStBl 1984, Teil I S. 495; Bl. 25 bis 27 d. A.*) ist nämlich die Pensionszusage gemäß Ziff. 4 nur dann der Höhe nach angemessen, wenn die zugesagten Leistungen der betrieblichen Altersversorgung zusammen **mit einer zu erwartenden Sozialversicherungsrente 75% des letzten steuerlich anzuerkennenden Arbeitslohnes des Arbeitnehmer-Ehegatten nicht übersteigen**. Dies bedeutet aber, daß, wenn, wie hier, der Arbeitnehmer-Ehegatte bereits rentenversicherungspflichtig ist, für die Rückstellung nicht die vollen 75% des letzten Erwerbseinkommens zurückgelegt werden können. Vielmehr greift dann Ziff. 4 S. 5 des Erlasses des Bundesministers der Finanzen ein, wonach in den Fällen, in denen eine gesetzliche Rentenversicherung besteht, aus **Vereinfachungsgründen von der Einhaltung der 75%-Grenze ausgegangen werden kann, wenn die zugesagten Leistungen der betrieblichen Altersversorgung 30% des letzten steuerlich anzuerkennenden Arbeitslohnes nicht übersteigen**. Danach hätte die Pensionsrückstellung nur in Höhe von 30% steuerlich anerkannt werden können, was zumindest den geltend gemachten Schaden erheblich vermindern würde.

b) Was den Gesichtspunkt der **fehlenden Rückdeckungsversicherung** betrifft, so ist bereits ein Beratungsfehler des Beklagten nicht erkennbar, da Ziff. 3 der Vereinbarung vom 14. 11. 1984 den Abschluß einer Rückdeckungsversicherung ausdrücklich vorsieht. Angesichts dieses Umstandes ist die Behauptung des

Klägers, der Beklagte habe den Hinweis auf die Erforderlichkeit eines Abschlusses der Rückdeckungsversicherung „versäumt“, nicht hinreichend substantiiert. Angesichts Ziff. 3 der Vereinbarung hätte der Kläger zumindest Veranlassung gehabt, bei dem Beklagten rückzufragen, wenn er Zweifel an deren steuerlicher Notwendigkeit gehabt hätte und sich die Kosten für die Rückdeckungsversicherung hätte ersparen wollen.

Ein Beratungsfehler läge unter diesen Umständen nur dann vor, wenn der Beklagte damals auf eine entsprechende Nachfrage des Klägers den Abschluß der Rückdeckungsversicherung als aus steuerlichen Gründen nicht für notwendig bezeichnet hätte. Hierzu fehlt es an einem hinreichend substantiierten Vortrag des Klägers. Der Abschluß von Versicherungen zur späteren Finanzierung der zugesagten Pension wäre jedenfalls im vorliegenden Falle erforderlich gewesen, da angesichts des geringeren Lebensalters der Ehefrau (5 Jahre Altersunterschied) sowie der generell höheren Lebenserwartung von Frauen damit zu rechnen gewesen wäre, daß die Pension aus der Versicherung hätte finanziert werden müssen, **so daß im Rahmen des notwendigen Fremdvergleiches der Nichtabschluß einer solchen Rückdeckungsversicherung als Indiz dafür gewertet werden mußte, daß der Kläger nicht mit einer tatsächlichen Inanspruchnahme aus der gegebenen Pensionszusage rechnete**.

d) Der **Abschluß vergleichbarer Pensionsvereinbarungen mit anderen familienfremden Arbeitnehmern** des gleichen Betriebes ist im Rahmen des Fremdvergleiches ein **wesentliches Indiz** für die Ernsthaftigkeit der zugunsten eines Familienangehörigen getroffenen Pensionsvereinbarung (*Schmidt, Einkommenssteuergesetz, 13. Aufl., Anm. 9b zu § 6a; BdF-Erlass, a.a.O., I Ziff. 2*). Hierauf hätte der Beklagte im Rahmen seiner Beratungstätigkeit hinweisen müssen; ob dies geschehen ist, bleibt offen. Aber selbst wenn man unterstellt, daß der Beklagte insoweit die notwendige Beratung versäumt hat, so läßt sich ein ursächlicher Zusammenhang zwischen einer etwaigen unterlassenen Beratungstätigkeit und der Nichtanerkennung der Pensionsrückstellung nicht feststellen. Denn, daß der Kläger bei entsprechender Beratung auch mit den vier weiteren Angestellten

seines Betriebes eine vergleichbare Pensionsvereinbarung getroffen oder auch nur angeboten hätte – mit der Folge, daß er bei Abschluß entsprechender wirksamer Vereinbarungen die Pensionen an die übrigen Angestellten tatsächlich hätte zahlen müssen – behauptet der Kläger selbst nicht. Er trägt dazu lediglich vor, daß die anderen Angestellten keine vergleichbare Position mit derjenigen seiner Ehefrau gehabt hätten. Dieser Vortrag ist jedoch nicht hinreichend substantiiert, zumal die Indizwirkung der anderweitigen Pensionsvereinbarung nicht nur bei Tätigkeiten eingreift, die derjenigen des Ehegatten gleichwertig sind, sondern auch bei geringerwertigen Tätigkeiten der übrigen Angestellten (*BdF-Erlaß, a.a.O., I Ziff. 21; Schmidt, a.a.O.*).

d) Aber selbst wenn man unterstellen würde, daß die steuerliche Anerkennung der Pensionsrückstellung in dem geltend gemachten Umfang nicht an den unter a) bis c) angegebenen Umständen gescheitert wäre, **fehlt es an einem Schaden des Klägers, weil die Rückstellung jedenfalls im Jahre 1986 wieder hätte aufgelöst werden müssen und zu entsprechenden Mehrsteuern geführt hätte.**

Unstreitig ist nämlich das Dienstverhältnis zwischen dem Kläger und seiner Ehefrau im Jahre 1986 gekündigt und erst im Jahre 1989 wieder aufgenommen worden. Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses im Jahre 1986 mit der Folge, daß auch die Pensionszusage zivilrechtlich unwirksam wurde, hätte zwangsläufig zu einer Auflösung der Rückstellungen und damit zu einer entsprechenden Erhöhung des steuerlich anrechenbaren Gewinnes für das Jahr 1986 geführt. Wie sich aus dem Steuerbescheid für das Jahr 1986 ergibt, lag das steuerpflichtige Einkommen des Klägers für dieses Jahr bei 94.740,00 DM. Demgegenüber hätte sich das steuerliche Einkommen für das Jahr 1985 unter Berücksichtigung einer nach Auffassung des Klägers zulässigen Rückstellung von 75 % des letzten steuerpflichtigen Einkommens der Ehefrau nach seiner eigenen Berechnung in der Klageschrift nur auf 81.854,00 DM belaufen, wäre also geringer gewesen als das für 1986 zu versteuernde Einkommen.

Das aber bedeutet, **daß aufgrund der Steuerprogression die Mehrsteuern, die der Beklagte infolge der Auflösung der Rück-**

stellung im Jahre 1986 zu zahlen gehabt hätte, sogar noch höher gewesen wäre als die Steuerersparnis, die er bei Anerkennung der Rückstellung in der begehrten Höhe für das Jahr 1985 zu zahlen gehabt hätte, so daß die Anerkennung der Rückstellung für das Jahr 1985 dem Kläger daher letztlich keinen finanziellen Vorteil gebracht hätte. – Da dem Kläger mithin durch die Versagung der steuerlichen Anerkennung der Pensionsrückstellung durch das Finanzamt letztlich kein Schaden entstanden ist, ist auch für eine Ersatzpflicht der durch die Rechtsverfolgung im Rechtsbehelfsverfahren gegen das Finanzamt entstandenen Anwaltskosten von 6.122,03 DM keine Grundlage gegeben, abgesehen davon, daß nicht dargelegt worden ist, auf welche Beratungsleistungen im einzelnen sich die vorgelegten Rechnungen der Rechtsanwälte D. pp. beziehen und sich die Rechtsbehelfsverfahren im übrigen nicht nur auf den hier streitgegenständlichen Gesichtspunkt der Nichtanerkennung der Pensionsrückstellungen beziehen, sondern auch auf sämtliche anderen Gesichtspunkte, die Gegenstand der im Jahre 1989 durchgeführten Betriebsprüfung waren.

III.

Auch für die vom Kläger gezahlte Geldbuße in Höhe von 6.000,00 DM entsprechend dem Bußgeldbescheid vom 7.11.1990 ist der Beklagte nicht ersatzpflichtig. **Grundsätzlich ist nämlich davon auszugehen, daß derjenige, dem eine öffentlich-rechtliche Strafe oder Buße auferlegt worden ist, diese aus seinem Vermögen selbst tragen muß;** dies ist Sinn und Zweck der Strafe oder Buße. Deshalb ist eine Ersatzpflicht des Steuerberaters für eine vom Mandanten zu zahlende Geldbuße zwar nicht schlechthin ausgeschlossen, kommt aber nur in Ausnahmefällen in Betracht, z.B. wenn der Steuerberater den Pflichtigen in vorwerfbarer Weise von einer strafbefreienden Selbstanzeige nach § 378 Abs. 3 AO abgehalten hat (*vgl. dazu RGZ 169, 267*). Eine bloße Schlechterfüllung von Steuerberaterleistungen – wie sie etwa nach der Behauptung des Klägers dem Beklagten bei der Erstellung der Jahresabschlüsse unterlaufen sein soll – kann dagegen grundsätzlich nicht zu einer Haftung des Steuerberaters für eine dem Mandanten auferlegte Geldbuße

führen, und zwar schon deshalb nicht, **weil für die Verhängung eines Bußgeldes nur die eigene Schuld des Mandanten maßgeblich ist, der Mandant also bußgeldrechtlich für ein etwa gegebenes schuldhaftes Verhalten eines Dritten, hier des Steuerberaters, nicht einzutreten hat** (Klein/Orlopp, AO, 5. A. Rdn. 4 zu § 376; Späth, Anmerkung zu OLG Koblenz, DStR 1981, 239 m.w.N. aus der Rechtsprechung). Sollte dem Steuerpflichtigen durch den Bußgeldbescheid zu Unrecht auch das Verschulden seines Steuerberaters zugerechnet worden sein, so wäre es Sache des Pflichtigen, gegen den Bußgeldbescheid Einspruch einzulegen. Dementsprechend fehlt es in solchen Fällen an dem erforderlichen Rechtswidrigkeitszusammenhang zwischen einem pflichtwidrigen Handeln des Steuerberaters mit einer Geldbuß liegenden Schaden (so zutreffend OLG Koblenz, a.a.O., S. 238; Späth, a.a.O.; Klein/Orlopp, a.a.O., Anm. 6).

Steuerberatungsvertrag

- Buchführungsfehler
- Nicht erlaubte Tätigkeiten
- Buchführungsfehler, Darlegungslast (OLG Hamm, Urt. v. 1. 2. 1995 – 15 U 116/92)

Leitsätze (d. Red.):

1. Die Erstellung von Jahresabschlüssen sowie vorbereitende steuerliche Zuordnungen sind Buchführungshelfern nicht erlaubt. Ein darauf gerichteter Dienstvertrag ist wegen Verstoßes gegen § 134 BGB, § 1 StBerG nichtig.

2. Ein auf nicht erlaubte Tätigkeiten gerichteter Dienstvertrag kann jederzeit eingestellt werden, ohne daß ein Schadenersatzanspruch aus § 627 Abs. 2 Satz 2 BGB entstehen kann.

3. Die Darlegung von Buchführungsfehlern setzt voraus, daß die einzelnen Fehler in ihren wesentlichen Merkmalen exemplarisch umrissen werden (BGH, VersR 1986, 362 = GI 1986, 27).

Aus den Gründen:

(Von der Darstellung des Tatbestandes wird gem. § 543 I ZPO abgesehen.)

I.

Die Berufung ist unbegründet. Der Kläger kann den geltend gemachten Schadenersatzanspruch nicht auf § 627 Abs. 2 S. 2 BGB stützen, da eine Vereinbarung über die Leistung von Diensten höherer Art wegen Verstoßes gegen gesetzliche Verbote i.S. des § 134 BGB nicht rechtswirksam zustandegekommen ist.

Der Kläger trägt vor, der Beklagte habe neben der Erledigung von Buchführungsarbeiten für seine Wirtschaftsprüferpraxis steuerberatende Tätigkeiten für Dritte im Auftrag des Klägers selbstständig verrichtet. So soll er nach den Darlegungen der Berufungsbegründung (zu Ziff. 4 b und c) für die WPG die Jahresabschlüsse für 1989 und 1990 erstellt haben. Des weiteren soll er die steuerlichen Aufgaben, welche die T. GmbH im Zuge der ihr obliegenden treuhänderischen Verwaltung des Fonds F. GbR zu erledigen gehabt habe, selbstständig übernommen haben. So soll er bei der Einnahme-Überschußrechnung die Zuordnung von Kostenbestandteilen zu den Herstellungs- oder Werbungskosten vorgenommen haben. Weiterhin soll der Beklagte für den Fonds-Gesellschafter M. im Rahmen des Jahresabschlusses Verlustzuordnungen für die Sonderwerbungskosten vorgenommen haben. Schließlich ist unter Ziff. 7 der Berufungsbegründung vorgetragen, daß zu den Aufgaben des Beklagten die selbständige Betreuung weiterer Mandate – Firma B. GmbH, Firma I. GmbH, P. GmbH – gehört habe, für die er die lfd. Buchführung sowie auch die Jahresabschlüsse zu erstellen gehabt habe.

Zu Tätigkeiten dieser Art, nämlich zur Erstellung von Jahresabschlüssen sowie den vorbereiteten steuerlichen Zuordnungen war der Beklagte als **Buchführungshelfer** nicht befugt. Ein Vertrag, durch den sich der Buchführungshelfer verpflichtet, derartige ihm nicht erlaubte Tätigkeiten **selbstständig gegenüber Dritten** zu verrichten, ist wegen **Verstoßes gegen § 134 BGB** in Verbindung mit den einschlägigen Bestimmungen des Steuerberatungsgesetzes unwirksam. **Solche ihm nicht gestatteten Tätigkeiten durfte der Beklagte daher auch**

jederzeit einstellen, ohne einem Schadenersatzanspruch aus § 627 Abs. 2 S. 2 BGB ausgesetzt zu sein.

II.

Soweit der Kläger seinen Anspruch auf Nichterfüllung bzw. Schlechterfüllung von vorbereitenden Buchführungsarbeiten stützt, kommt ein Schadenersatzanspruch aus § 627 Abs. 2 S. 2 BGB ohnehin nicht in Betracht, da es sich insoweit nicht um Dienste „höherer Art“ handelt, die nur aufgrund besonderen Vertrauens übertragen zu werden pflegen. Aber auch ein Schadenersatzanspruch aus positiver Vertragsverletzung ist insoweit nicht gegeben, **da der Verstoß gegen § 134 BGB in Verbindung mit den Bestimmungen des Steuerberatungsgesetzes gem. § 139 BGB zur Unwirksamkeit des Vertrages in seiner Gesamtheit führt, auch soweit er an sich erlaubte Tätigkeiten mit umfaßt** (vgl. BGHZ 50, 12; 70, 17 für Verstöße gegen das Rechtsberatungsgesetz; Palandt, BGB, 54. Aufl., Rdn. 21 zu § 134).

Abgesehen davon sind aber auch im übrigen die Voraussetzungen für einen Schadenersatzanspruch aus positiver Vertragsverletzung nicht hinreichend substantiiert dargelegt. Auch wenn bei der **Darlegung von Buchführungsfehlern** an die Substantiierungslast grundsätzlich großzügige Anforderungen gestellt werden können, so ist es doch jedenfalls Mindestvoraussetzung, daß die einzelnen **Fehler in ihren wesentlichen Merkmalen exemplarisch umrissen** werden (BGH, VersR 1986, 362/63). Hieran fehlt es im Vorbringen der Berufungsbegründung weitgehend. – Soweit der Kläger Fehler bei den Kontierungsarbeiten behauptet, ist ein dem Beklagten zuzurechnender Schaden auch deshalb nicht gegeben, weil es Sache des Klägers gewesen wäre, im Rahmen der von ihm selbst bzw. durch angestellte Steuerberater zu erstellenden Jahresabschlüsse etwaige Ungenauigkeiten und Unstimmigkeiten im Bereich der Kontierungen selbst zu korrigieren bzw. korrigieren zu lassen, wodurch Mehrkosten aufgrund der Einschaltung von Dritten vermieden worden wären. Darüber hinaus ist nichts dazu vorgebracht, daß **dem Beklagten Gelegenheit zur Nachbesserung etwaiger fehlerhafter Leistungen gegeben worden wäre**. Zwar handelt es sich bei dem Rechtsverhältnis der Parteien

um einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragcharakter. Es ist jedoch anerkannt, daß auf einen solchen Geschäftsbesorgungsvertrag werkvertragliche Rechtselemente entsprechende Anwendung finden, indem dem Dienstverpflichteten beim Auftreten von Mängeln ein Nachbesserungsrecht eingeräumt wird (vgl. OLG Hamm, DStR 1987, 170 ff für den Steuerberater).

Ähnliches gilt auch im Hinblick auf die Behauptung des Klägers, der Beklagte habe bestimmte Buchführungsarbeiten nicht zuende geführt, so daß zusätzliche Aufbereitungsarbeiten erforderlich geworden seien. Auch insoweit fehlt es an einem hinreichend substantiierten Vorbringen dahingehend, was der Kläger unternommen hat, um den Beklagten dazu anzuhalten, bei der Übergabe und Abstimmung der Buchführung mitzuwirken. Überdies sind auch insoweit die Mehrkosten nicht hinreichend substantiiert dargelegt. Wenn der Beklagte beispielsweise die Buchführung für 1991 noch erstellt hätte – wozu es infolge der Beendigung der Zusammenarbeit der Parteien nicht mehr gekommen ist – so hätte er dafür in gleicher Weise bezahlt werden müssen wie der Nachfolger.

Steuerberaterhaftung

- Mandatsinhalt
 - Betriebsumwandlung
 - Schadendarlegung
- (LG Berlin, Urt. v. 30. 4. 1996 – 7 O 514/95, rkr.)

Leitsätze (d. Red.):

1. Die Beratung eines Gründungsgesellschafters einer GmbH begründet keine Schutzpflichten gegenüber den Mitgesellschaftern, denn beim Abschluß des Gesellschaftsvertrages werden in erster Linie eigene steuerliche Interessen verfolgt.

2. Die Wahrnehmung der allgemeinen steuerlichen Belange begründet nicht die vertragliche Nebenpflicht über eine grundlegende Umgestaltung des Gründungsvorganges einer GmbH zu beraten.

3. Die Betriebsumwandlung ist ein komplexer Vorgang, der nicht nur Vorteile mit sich bringt. Ein angeblicher Schaden erfordert die Darlegung aller Vor- und Nachteile bei den unterschiedlichen steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger beabsichtigte zum 1. 1. 1991 den Teilbetrieb Laborbetreuung seines einzelkaufmännischen Unternehmens in eine mit dem Mitgesellschafter Dr. H., der eine Bareinlage leisten sollte, gegründete G.-Laborbetreuungsgesellschaft mbH (im Folgenden: G. GmbH) als Sacheinlage einzubringen. Die Eintragung der mit Vertrag vom 21.12.1990 gegründeten Gesellschaft unterblieb wegen Beanstandungen des Registergerichts hinsichtlich der Werthaltigkeit der Sacheinlage. Nach Änderung des Gesellschaftsvertrages wurde die GmbH in das Handelsregister des Amtsgerichts eingetragen.

Im Zuge der Gründung der G. GmbH waren zunächst der Geschäftsführer der Beklagten M. W. und seit einem nicht genau bekannten Zeitpunkt die Beklagte für den Mitgesellschafter Dr. E. und die G. GmbH i.G. steuerberatend tätig.

Im Rahmen eines zu einem nicht genau bekannten Zeitpunkt erteilten Steuerberatungsmandates des Klägers an die Beklagte erstellte diese unter dem 31.3.1992 die Einkommensteuererklärung für das Jahr 1990 für den Kläger und dessen Ehefrau Dr. U. M., sowie am 13.5.1992 die Eröffnungsbilanz per 1.1.1991 für die G. GmbH. Durch Einkommensteuerbescheid des Finanzamts für das Jahr 1990 vom 16.11.1992, wurden für die Eheleute M. folgende Beträge festgesetzt:

Einkommensteuerschuld	125.933,00 DM
Zinsen	
auf die Einkommensteuer	4.496,00 DM
evan. Kirchensteuer	3.996,00 DM
	134.425,00 DM.

Mit Abtretungserklärung vom 24. 4. 1996 trat die Ehefrau des Klägers sämtliche Ansprüche aus der Einkommensteuer 1990 gegen die Beklagte an den Kläger ab.

Der Kläger behauptet, zur Festsetzung der Einkommensteuer 1990 sei es nur deshalb gekom-

men, weil die Beklagte es unterlassen habe, die Möglichkeiten einer steuerneutralen Einbringung des Teilbetriebes in die G. GmbH aufzuzeigen. Bis zum Zeitpunkt der Bestandskraft des Steuerbescheides habe die Möglichkeit bestanden, eine Änderung des Umwandlungsvorganges mit steuerlicher Wirkung vorzunehmen.

.....

Aus den Gründen:

Die Klage ist nicht begründet. Der Kläger hat gegen die Beklagte den mit der Klage geltend gemachten Schadenersatzanspruch nicht, jedenfalls nicht ausreichend dargetan.

1. Der Kläger hat keinen Anspruch – etwa gemäß § 635 BGB – wegen einer mangelhaften Beratung des Klägers bei der Gründung der G. GmbH. Den Abschluß eines Beratungsvertrages zwischen den Parteien für die Beratung des Klägers bei der Gründung der GmbH hat der Kläger nicht behauptet. Nach seinem Vorbringen war bei den Verhandlungen über die GmbH-Gründung die Beklagte für den Mitgesellschafter Dr. E. tätig, nach Gründung der G. GmbH sollte sie auch diese vertreten. Ein Vertragsverhältnis mit der Beklagten insoweit hat er nicht behauptet; vielmehr hat er die Behauptung der Beklagten, die unstreitig erst zu einem nicht bekannten Zeitpunkt nach Gründung der G. GmbH entstand, **daß es ein Gründungsmandant des Klägers für die Beklagte zu keinem Zeitpunkt gab, nicht bestritten** (§ 138 Abs. 3 ZPO).

Ein Schadenersatzanspruch des Klägers besteht auch nicht aufgrund einer ergänzenden Auslegung des Vertrages zwischen dem Mitgesellschafter Dr. E. und der Beklagten, – wenn gar nur mit dessen Geschäftsführer W., die jenen bei der Gründung der GmbH beraten hatte. Voraussetzung für die Annahme eines **Vertrages mit Schutzwirkung für Dritte** (hier der Kläger) ist, daß eine Schutzpflicht des Gläubigers (hier des Mitgesellschafters Dr. E.) für den Dritten besteht (vgl. *Palandt-Heinrichs*, 55. Aufl., 1996, § 328 Rdn. 19). Eine solche **besteht unter den Gründungsgesellschaftern einer GmbH, die regelmäßig, wie auch im vorliegenden Fall, in erster Linie eigene steuerliche Interessen mit dem Abschluß des Gesellschaftsvertrages verfolgen, nicht.**

2. Der Kläger hat auch die Voraussetzungen des Anspruchs wegen einer positiven Vertragsverletzung des zwischen den Parteien zu einem vom Kläger nicht vorgetragenen Zeitpunkt zustande gekommenen Steuerberatungsvertrages, bei dem es sich um einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragcharakter handelt (vgl. Palandt/Thomas, vor § 631 Rdn. 18), in dessen Rahmen die Steuererklärung vom 31.3.1992 sowie die Eröffnungsbilanz vom 13.5.1992 gefertigt wurde, nicht dargetan. Der Kläger hatte nicht vorgetragen, daß die gefertigte Steuererklärung oder Eröffnungsbilanz falsch gewesen sei. Soweit er sich darauf beruft, die Beklagte habe es unterlassen, aufgrund der ihr bzw. ihrem Geschäftsführer M. W. bekannten Umstände der Gründung der G. GmbH im Interesse des Klägers auf Änderung der für die Einbringung des Teilbetriebes, Laborbetreuung des einzelkaufmännischen Unternehmens des Klägers hinzuweisen, ist eine Verletzung von vertraglichen Pflichten durch die Beklagte aufgrund des Klagevortrags nicht ersichtlich.

Abgesehen davon, daß nicht bekannt ist, wann die Beklagte vom Kläger beauftragt wurde – in einem von der Beklagten vorgelegten Schreiben des Klägers vom 19.6.1991 an den bis zum 30.6.1991 mit der Steuerberatung des Klägers beauftragten Rechtsanwalt B. heißt es, daß M. W. der neue Steuerberater des Klägers sei –, ist nicht ersichtlich, daß das erteilte Mandat über die Wahrnehmung der allgemeinen steuerlichen Belange des Klägers hinausging. Die vom Kläger behauptete Verpflichtung der Beklagten, ihn über eine steuergünstigere Einbringung des Teilbetriebes gemäß § 20 UmwStG 1977 aufzuklären, bestand im Rahmen des bestehenden Steuerberatungsmandates nicht, da insoweit ein Beratungsmandat unstreitig nicht bestand.

Da auch nach dem Vortrag des Klägers eine steuergünstigere Einbringung nur bei einer grundlegenden Umgestaltung des Gründungsvorganges der G. GmbH möglich gewesen wäre, kann von einer vertraglichen Nebenpflicht im Rahmen der allgemeinen Steuerberatungstätigkeit der Beklagten für den Kläger nicht ausgegangen werden; auch das vom Kläger in der mündlichen Verhandlung angesprochene umfassende Vertrauens- und Beratungsverhältnis reicht als pauschaler Hinweis nicht aus, um bereits getroffene vertrag-

liche Dispositionen umfassend zu überprüfen und in Frage zu stellen.

Darüber hinaus kann die Klage jedenfalls deshalb keinen Erfolg haben, weil der Kläger einen ihm entstandenen **Schaden** nicht ausreichend dargelegt hat (vgl. Urteil des OLG Frankfurt vom 7.2.1995 – 8 U 65/94; abgedruckt in: GI 1995, 229, 232). Der Kläger hat es verabsäumt, eine umfassende Darstellung über die steuerlichen Auswirkungen der Einbringung des Teilbetriebes in die GmbH zu geben. **Diese Betriebsumwandlung ist ein komplexer Vorgang, der nicht nur Vorteile mit sich bringen konnte.**

Es ist vielmehr davon auszugehen, daß die behauptete steuerliche Mehrbelastung durch steuerliche oder andere wirtschaftliche Vorteile des Klägers, der G. GmbH oder des Mitgesellschafters Dr. E. jedenfalls teilweise ausgeglichen worden ist. Entgegen der vom Kläger im Schriftsatz vom 11.3.1996 geäußerten Ansicht, kann es daher nicht dahinstehen, ob die G. GmbH den wirtschaftlichen Vorteil erlangt hat. Vielmehr hätte es dem Kläger, der im selben Schriftsatz selbst davon ausgeht, daß im Falle eines Ob-siegen Beträge an den Mitgesellschafter und die G. GmbH auszukehren obliegen, darzulegen, ob und inwieweit bei den beim Gründungsvorgang Beteiligten Vor- und Nachteile bei unterschiedlichen steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten eingetreten wären. Dies gilt insbesondere, da nach dem Klagevortrag der Mitgesellschafter und später auch die G. GmbH – anders als der Kläger – von der Beklagten oder dessen Geschäftsführer W. bei der Gründung beraten wurden.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 Abs. 1 Satz 1 ZPO. Die Entscheidung zur vorläufigen Vollstreckbarkeit folgt aus § 709 Satz 1 ZPO.

Steuerberaterhaftung

- Beratungspflichten
- Gewerbliche Tätigkeit eines Freiberuflers
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 21.7.1994 – 13 U 165/93;
Die Revision – IX ZR 164/94 –
wurde zurückgenommen.)

Leitsatz:

Der Steuerberater ist verpflichtet, den freiberuflich tätigen Mandanten (hier: Architekten) auf die Notwendigkeit hinzuweisen, eine zusätzliche gewerbliche Tätigkeit im Sinne von § 15 EStG getrennt von der freiberuflichen Tätigkeit auszuüben (§ 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG). Übt eine Personengesellschaft, zu der sich freiberuflich Tätige zusammengeschlossen haben, auch nur in geringem Umfang eine freiberufliche Tätigkeit aus, so ist ihr gesamter Betrieb gewerbsteuerpflichtig (vgl. BFH, BStBl 1974 II, 383; BStBl 1970 II, 86; BStBl 1964 III, 530).

Zum Sachverhalt:

Die Kläger sind in der Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts gemeinschaftlich als Architekten tätig. Bis zum Tode ihres Vaters im Jahre 1972 waren sie dessen Angestellte. Der Beklagte hat die Kläger in der Vergangenheit in steuerlicher Hinsicht beraten.

Im Architektenbüro der Kläger wurde der größte Teil des Grundbesitzes der Familie B. verwaltet. Hierzu gehörten 10 Grundstücke im gemeinschaftlichen Eigentum der Kläger, 5 Grundstücke eines der Kläger sowie 16 Grundstücke, die einer Erbengemeinschaft unter Beteiligung der Familie B. gehörten. Von den Klägern wurden sodann noch drei weitere Grundstücke verwaltet, die im Eigentum unbeteiligter Dritter standen. Außerdem erhielten die Kläger Provisionszahlungen von Versicherungsgesellschaften.

Im Anschluß an eine im Jahre 1981 durchgeführte Betriebsprüfung bewertete das Finanzamt die Einkünfte der Kläger in den Jahren 1975 bis 1979 als gewerbliche i.S.v. § 15 EStG und damit als lohnsummensteuerpflichtige Einkünfte i.S.d. §§ 23 ff Gewerbesteuergesetz. Bis

dahin hatte das Finanzamt aufgrund der vorangegangenen Betriebsprüfung 1976 für die Jahre 1972 bis 1974 die Einkünfte der Kläger als solche aus freiberuflicher Tätigkeit i.S.v. § 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG behandelt. Die Änderung der steuerlichen Bewertung führte zu Steuernachforderungen in der von den Klägern behaupteten Höhe von 492.787,12 DM. Die von den Klägern gegen die entsprechenden Bescheide gerichteten Einsprüche und Klagen blieben ohne Erfolg.

Die Kläger nehmen nunmehr den Beklagten auf Ersatz des durch die Steuermehrbelastung bedingten Schaden in Anspruch. Sie haben den Vorwurf erhoben, der Beklagte habe es unterlassen, sie auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die freiberuflichen und die gewerblichen Tätigkeiten jeweils in getrennten Gesellschaften auszuüben.....

Er hat sich zu seiner Entlastung darauf berufen, daß das Finanzamt in der Vergangenheit die Steuererklärungen der Kläger unbeanstandet gelassen habe. Sodann hat er die Einrede der Verjährung erhoben.

Das Landgericht hat durch Zwischenurteil vom 8.6.1993, auf das zur Darstellung der näheren Einzelheiten verwiesen wird, die Klage dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt: Für den den Klägern entstandenen Schaden sei der Beklagte unter dem rechtlichen Gesichtspunkt der positiven Vertragsverletzung verantwortlich. Die Einrede der Verjährung sei nicht begründet. Zwar sei bei Abgabe der entsprechenden Verzichtserklärung im Oktober 1986 der primäre Schadenersatzanspruch gemäß § 68 StBG bereits verjährt gewesen. Der Beklagte hätte sich jedoch im Oktober 1986 auf den Ablauf der Verjährungsfrist nicht berufen dürfen, weil er es zuvor unterlassen habe, trotz des fortbestehenden Mandats die Kläger darauf hinzuweisen, daß ein Schadenersatzanspruch in drei Jahren verjähre.

Mit der dagegen gerichteten Berufung verfolgt der Beklagte den auf Abweisung der Klage gerichteten Antrag weiter. Er wendet sich – im einzelnen gemäß den Ausführungen in der Berufungsbegründung vom 15.11.1993 – weiterhin gegen den Vorwurf, seine Beraterpflichten schuldhaft verletzt zu haben, und wiederholt seine Auffassung, daß etwaige Ersatzansprüche verjährt seien.....

Aus den Gründen:

Die Berufung des Beklagten bleibt ohne Erfolg. Durch ungenügende Erfüllung der ihm als Steuerberater gegenüber den Klägern obliegenden Beratungs- und Hinweispflicht ist den Klägern ein Schaden entstanden, weil sie nach dem Ergebnis der Betriebsprüfung 1981 steuerlich nicht als Freiberufler, sondern als Gewerbetreibende behandelt werden (I.). Daß den Klägern hierdurch steuerliche Nachteile entstanden sind, ist außer Streit. Der Anspruch der Kläger ist auch nicht verjährt (II.).

I.

Zutreffend hat das Landgericht eine Haftung des Beklagten wegen positiver Vertragsverletzung bejaht. **Es ist eine Vertragspflicht des Steuerberaters, den Mandanten umfassend steuerlich zu beraten und ungefragt über alle bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten** (BGH, NJW-RR 1994, 535, 536). Im Streitfall war der Beklagte verpflichtet, die Kläger auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die gewerbliche Tätigkeit i.S.v. § 15 EStG getrennt von der freiberuflichen Tätigkeit als Architekten (§ 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG) auszuüben. Dem kann der Beklagte nicht mit dem Hinweis entgegentreten, er hätte dann angesichts des Ergebnisses der Betriebsprüfung 1976 den Klägern zu einem damals unvermeidbaren sicheren Nachteil raten müssen, weil die Kläger dann den entsprechenden Teil ihrer Einkünfte der nicht unbeträchtlichen Gewerbesteuer unterworfen hätten. Denn die Kläger konnten gegen die Finanzverwaltung nach den Grundsätzen von Treu und Glauben keinen Anspruch auf Fortsetzung einer möglicherweise fehlerhaften Sachbehandlung herleiten. **Der Beklagte blieb somit verpflichtet, ungeachtet des Ergebnisses der Betriebsprüfung 1976 den Klägern zu raten, die gewerblichen Nebentätigkeiten wenigstens durch Bildung einer Innengesellschaft von dem freiberuflichen Schaffen abzugrenzen.**

Der Beklagte hat seine Beratungspflicht wenigstens leicht fahrlässig verletzt. Dies rechtfertigt seine Haftung. Dabei bedarf die Annahme des Verschuldens keines besonderen Nachweises, da den Schuldner die Beweislast dafür trifft,

daß er den Schaden nicht zu verantworten hat. § 282 BGB ist auch auf Fälle der positiven Vertragsverletzung anzuwenden. Fällt dem Schuldner objektiv eine Pflichtverletzung zur Last oder ist die Schadenursache in sonstiger Weise aus dem Verantwortungsbereich des Schuldners hervorgegangen, so muß er beweisen, daß er die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat (BGH, NJW 1987, 1983, 1939; Palandt/Heinrichs, § 282 BGB Rdn. 8 m.w.N.).

Zu seiner Entlastung kann der Beklagte nicht auf die Entscheidung des OLG Köln vom 23.5.1979 (Steuerberater 1981, 200 = GI 2/??) verweisen. Soweit dort ausgeführt ist, daß für einen Steuerberater kein Anlaß bestehe, eine bei einer Betriebsprüfung nicht beanstandete Handhabung für die Folgejahre erneut zur Sprache zu bringen, wurde hierdurch die Verpflichtung des Beklagten zur richtigen steuerlichen Beratung der Kläger nicht eingeschränkt. Die Kläger genossen aufgrund der im Anschluß an die Betriebsprüfung 1976 ergangenen Steuerbescheide nur einen Vertrauens- und Bestandschutz für die veranlagte Vergangenheit (Prinzip der Abschnittsbesteuerung). Die Abgabenordnung schützt durch die Vorschriften über die Bestandskraft (§§ 172–177 AO) und die verbindliche Zusage aufgrund einer Außenprüfung (§§ 204–207 AO) nur in den dort im einzelnen beschriebenen Grenzen ausdrücklich das Vertrauen des Steuerpflichtigen auf eine ihm günstige steuerrechtliche Auffassung der Behörde, unabhängig davon, ob die Sach- und Rechtslage bei Durchführung eines gerichtlichen Verfahrens höchstrichterlich ebenso beurteilt würde.

Darf der Steuerpflichtige eine ihm günstige Rechtsauffassung der Behörde seinen weiteren Überlegungen und Maßnahmen zugrunde legen, so hat auch der Steuerberater bei der Wahrung der Interessen seines Mandanten – unabhängig von der objektiv zutreffenden Beurteilung der Sach- und Rechtslage – von dieser Grundlage auszugehen und danach seine steuerlichen Empfehlungen und Belehrungen auszurichten (BGH, NJW-RR 1992, 1110, 1112 = GI 92, 209). **Mangels einer solchen verbindlichen Zusage des Finanzamts mußte aber der Beklagte seine Beratung unverändert an der höchstrichterlichen Rechtsprechung ausrichten** (BGH, NJW 1993, 2799). **Bei Beachtung dieses Gebots hätte dem Beklagten**

die Notwendigkeit der getrennten Erfassung der gewerblichen Nebeneinkünfte der Kläger nicht entgehen können. Während bei freiberuflich tätigen **Einzelpersonen mit Nebeneinkünften** aus gewerblicher Tätigkeit noch eine Würdigung aller Umstände des Einzelfalls zu erfolgen hat (*BFH, BStBl 1974, Teil II, S. 383*) und gegebenenfalls zu prüfen ist, ob die allgemeine Tendenz der Berufstätigkeit zur Entwicklung eines Gewerbebetriebes hingeht (*BFH, BStBl 1970, Teil II, S. 86*), besteht ein derartiger Ermessensspielraum im Fall einer **Personengesellschaft** nicht. Üben Personengesellschaften auch nur zum Teil eine gewerbliche Tätigkeit aus, so ist ihr gesamter Betrieb gewerbsteuerpflichtig. **Eine Aufteilung ist nicht zulässig** (*BFH, BStBl 1964, Teil III, S. 530*).

Dabei folgt der Bundesfinanzhof der Auffassung, wonach eine Mitunternehmerschaft in Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft nicht schon wegen der gewählten Rechtsform einen Gewerbebetrieb begründet (*a.a.O., S. 531*), sondern daß Personengesellschaften nur dann Gewerbetreibende sind, wenn die Gesellschafter als Mitunternehmer einen Gewerbebetrieb ausüben. Dies bedeutet, daß auch bei nur teilweiser Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit die gesamte Tätigkeit der Gesellschaft als gewerbliche anzusehen ist (*a.a.O., S. 532*). Dabei weist der Bundesfinanzhof am Ende der Entscheidung ausdrücklich darauf hin, daß die in der neueren Rechtsprechung für Einzelpersonen hingenommene Aufteilung in gewerbliche und nichtgewerbliche Tätigkeiten bei Personengesellschaften nicht zulässig ist (*a.a.O., S. 533*).

Diese Entscheidung macht zugleich deutlich, daß gewerbliche Nebentätigkeiten einer freiberuflichen Einzelperson oder Personengesellschaft schon vor 30 Jahren Gegenstand der höchstrichterlichen Erörterung waren, wenn es um die Frage ging, ob eine gewerbliche Nebentätigkeit zur Anwendung von § 15 EStG (anstelle von § 18 EStG) führt. **Aufgrund dieser veröffentlichten Rechtsprechung hätte der Beklagte den Klägern raten müssen, zur getrennten Erfassung der unterschiedlichen Einkünfte aus Gewerbebetrieb und aus der freiberuflichen Tätigkeit wenigstens eine Innengesellschaft zu gründen.**

II.

Die Schadenersatzforderung der Kläger ist auch nicht verjährt. Zugunsten des Beklagten kann angenommen werden, daß der Bericht über die Betriebsprüfung 1981 bereits im Dezember 1981 vorgelegen hat und daß die Frist aus § 68 StBG somit im Dezember 1984 ablief. Der sekundäre Ersatzanspruch verjährte dann im Dezember 1987. Zuvor hatte die Versicherung als Haftpflichtversicherer des Beklagten sich unter dem 17.10.1986 mit einem Verzicht auf die Einrede der Verjährung bis zum 31.12.1987 einverstanden erklärt. Dies teilte der Beklagte mit Datum vom 21.1.1987 mit. In der Folgezeit haben die Versicherung und der Beklagte entsprechend dem Fortschritt der finanzgerichtlichen Verfahren den Verzicht auf die Einrede der Verjährung verlängert. Zuletzt hat sich die Versicherung mit Schreiben vom 28.11.1990 damit einverstanden erklärt, daß der Verjährungsverzicht bis zum 31.12.1992 verlängert wird. Die anschließende Klage wurde am 23.12.1992 beim Landgericht eingereicht und am 6.1.1993 dem Beklagten zugestellt. Hierdurch wurde die Verjährung rechtzeitig unterbrochen.

Unzutreffend ist dagegen der Einwand des Beklagten, den Klägern sei bereits im Anschluß an die der Betriebsprüfung folgenden Schlußbesprechung vom 17.12.1981 die Möglichkeit eines Regresses bekannt gewesen. Hierauf kommt es aus Rechtsgründen nicht an. Dem sekundären Schadenersatzanspruch kann der Steuerberater nur entgehen, wenn er den Mandanten auch auf den drohenden Ablauf der Verjährung hinweist. Dies ist seitens des Beklagten nicht geschehen.

.....

Notarhaftung

- Belehrungspflichten
- Gebot der unparteiischen Amtsführung
- Pflichtteilsrechtliche Auswirkungen
(LG Limburg, Urt.v. 13.7.1994 – 1 O 112/94)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Notar hat den Willen der Beteiligten zu erforschen, den Sachverhalt zu klären, die Beteiligten über die rechtliche Tragweite des Geschäfts zu belehren und ihre Erklärungen klar und unzweideutig in der Niederschrift widerzugeben.

2. Der Notar ist nicht verpflichtet, auch mittelbare Konsequenzen einer Vertragsgestaltung mit den Parteien zu erörtern. (Hier: Erbteilsübertragung, pflichtteilsrechtliche Auswirkungen)

Tatbestand:

Die Eltern des Klägers, die Eheleute J. und W. C., waren zu je 1/2 Miteigentümer des im Grundbuch von M. eingetragenen Grundstücks „B.-G.Straße“. Nach dem Tode der W. C. am 17.11.1988 trat gesetzliche Erbfolge ein, wobei sie von ihrem Ehemann zu 1/2 und ihren beiden Söhnen, dem Kläger und dessen Bruder H.-J. C. zu je 1/4 beerbt wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatte der wesentliche Vermögensgegenstand der Eltern des Klägers, das eingangs erwähnte Hausgrundstück, einen Verkehrswert von 259.000 DM.

Im März 1989 übersandte die Bevollmächtigte des Vaters J. C. dem Beklagten zwei Urkundenentwürfe, die einmal einen Testamentsentwurf des J. C. und einen Entwurf für einen Erbteilsübertragungsvertrag der Erbteile nach der verstorbenen Mutter auf den Vater J. C. betrafen.

Am 12.4.1989 beurkundete der Beklagte den Erbteilsübertragungsvertrag und das Testament des J. C.

Bei dem Erbteilsübertragungsvertrag war der Miterbe H.-J. C. vertreten, zu einer Genehmigung dieses Vertrages kam es aber nicht mehr, weil H.-J. C. am 21.4.1989 starb. An seine Stelle traten

im Wege der Erbfolge je zur Hälfte seine Witwe H. C. und sein Sohn T. C.

Am 17.5.1991 beurkundete der Beklagte zunächst eine Übertragung der Erbanteile nach der verstorbenen W. C. durch den Kläger und durch die Erben des H.-J. C. an den Vater des Klägers J. C. mit dinglicher Wirkung. In einer weiteren Urkunde des Beklagten übereignete sodann der Vater des Klägers diesem die gesamte Liegenschaft in M., B.-G.Str. Ferner beurkundete der Beklagte ein neues Testament des J. C. In diesem Testament setzte J. C. den Kläger zu seinem alleinigen Erben ein.

Nach dem Tode des J. C. machte dessen Enkel, T. C., der Sohn des H.-J. C., gegenüber dem Kläger als seinem Onkel ihm vom Vater zugefallene Pflichtteils- und Pflichtteilsergänzungsansprüche geltend, die er auf den Verkehrswert des Grundstücks in M. beschränkte. Ausgehend von einem Verkehrswert von 259.000 DM verlangte er von dem Kläger hiervon 1/4, also 64.750 DM. Hiervon begehrt der Kläger vom Beklagten Erstattung eines Teilbetrages von 16.187 DM wegen einer Verletzung seiner Dienst- und Amtspflichten als Notar.

Der Kläger trägt vor: Im Ergebnis sei es den Parteien der Beurkundungsgeschäfte darum gegangen, ihm das Haus seiner Eltern, deren wesentlichen Vermögenswert, in vollem Umfang zukommen zu lassen. Da er selbst und sein inzwischen verstorbener Bruder an der Erbengemeinschaft nach seiner Mutter zu je 1/4 beteiligt gewesen seien, sei die Übertragung der Erbteile auf den Vater nicht sachgerecht gewesen. Vielmehr hätte der Beklagte darauf hinwirken müssen, daß der Kläger seinen im Wege der Erbfolge von der Mutter zugefallenen Anteil behalte, anstatt ihn seinem Vater zu übertragen, und die aus seinem Neffen und der Schwägerin bestehende Erbengemeinschaft nach dem Tode seines Bruders den von ihr innehaltenden Anteil ebenfalls sofort auf ihn, den Kläger, übergehen zu lassen. Zugleich hätte der Vater J. C. sodann seinen Miteigentumsanteil auf ihn übertragen können. Bei dieser Sachlage wäre dem Pflichtteils- und Pflichtteilsergänzungsanspruch des Neffen ihm gegenüber nur der halbe Miteigentumsanteil seines Vaters und ein weiteres Viertel aufgrund des Erbfalls nach der W. C. zugrunde zu legen gewesen, also

ein Betrag von 194.250 DM statt 259.00 DM. 1/4 hiervon ergäbe 48.562,50 DM, so daß er 16.187,50 DM erspart hätte.....

Er wendet ein: Er habe bei seinen Beurkundungsgeschäften dem Willen der Vertragspartner Rechnung getragen, der auch in vollem Umfang verwirklicht worden sei. Das von dem Kläger jetzt gewünschte Vorgehen hätte zum einen gar nicht den Vorstellungen der Vertragsparteien entsprochen, die insbesondere auf Seiten des Vaters J. C. darauf hinausgelaufen seien, ihn nach dem Tode seiner Ehefrau zum Alleineigentümer des Grundstücks zu machen. Darüber hinaus hätte ein Vorgehen in dem von dem Kläger gewünschten Sinne die Interessen des an dem Vertrag beteiligten Neffen des Klägers berührt. Abgesehen davon, daß er als Notar nicht dazu berufen sei, abweichend von den geäußerten Vorstellungen der Parteien die Interessen des Klägers in besonderem Maße wahrzunehmen, sei gar nicht sicher, ob der Neffe des Klägers T. C. die von diesem gewünschte Vorgehensweise durch die damit verbundene Schmälerung seiner Pflichtteils- und Pflichtteils-ergänzungsansprüche gebilligt hätte.

Im übrigen wird auf den weiteren vorgetragenen Inhalt der zwischen den Parteien gewechselten Schriftsätze verwiesen.

Aus den Gründen:

Die Klage ist unbegründet.

Dem Kläger steht der geltend gemachte Schadenersatzanspruch gegenüber dem Beklagten aus dem Gesichtspunkt der Amtspflichtverletzung nach § 19 Bundesnotarordnung (BNotO), der allein als rechtliche Grundlage in Betracht kommt, nicht zu.

Nach dieser Vorschrift ist ein Notar zum Schadenersatz verpflichtet, **wenn er vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einem anderen gegenüber obliegende Amtspflicht verletzt**. Gemäß § 17 Beurkundungsgesetz (BeurkG) ist ein Notar bei Beurkundungsgeschäften gehalten, **den Willen der Beteiligten zu erforschen, den Sachverhalt zu klären, die Beteiligten über die rechtliche Tragweite des Geschäfts zu belehren und ihre Erklärungen klar und unzweideutig in der Niederschrift wiederzugeben**. Insbesondere muß er darauf dringen,

daß die von den Beteiligten gewünschten **Rechtsfolgen sich ungeschmälert verwirklichen** lassen. Er muß diese mit allen Rechtsfolgen und Konsequenzen vertraut machen, die sich aus dem Beurkundungsgeschäft ergeben, so etwa über die Pflicht zur Zahlung von **Grund-erwerbssteuer** und über alle **Genehmigungserfordernisse**.

Dies bezieht sich aber anerkanntermaßen nur auf die **unmittelbaren Rechtsfolgen**. Dagegen ist der Notar nicht verpflichtet, **auch mittelbare Konsequenzen einer bestimmten Vertragsgestaltung mit den Parteien zu erörtern, die sich bei verschiedener Vorgehensweise jeweils zu Lasten der einen oder zu Lasten der anderen ergeben können** (vgl. Mecke/Lerch, BeurkG, 2. Aufl., § 17 Rz. 9, 10; Keidel/Kuntze/Winkler, FG, Teil B, 12. Aufl., § 17 Rz. 15; BGH in DNotZ 88, 388). Abgesehen von der Hinweispflicht etwa auf die Schenkungs- und Grunderwerbsteuer, die eine Beurkundung nach sich ziehen kann, braucht der Notar auch nicht auf andere steuerliche Auswirkungen oder auf wirtschaftliche Folgen eines Vertrages hinzuweisen (vgl. Keidel/Kuntze/Winkler, a.a.O., § 17 Rz. 17, 21). Derartige Folgen könne bei verschiedener Vertragsgestaltung auch für die Beteiligten ganz unterschiedlicher Natur sein. Wollte man im Einklang mit dem Kläger den Notar veranlassen, auch diese mittelbaren Auswirkungen seiner Beurkundungstätigkeit in seine Belehrungspflicht einzubeziehen, würde der Notar sehr schnell mit seiner Pflicht zu unparteiischer Amtsführung nach § 14 Abs. 1 BNotO in Widerspruch geraten. Diese Pflicht zu objektiver und unparteiischer Amtsführung, die ja gerade darauf beruht, daß der Notar die Interessen aller Beteiligten gleichmäßig wahrzunehmen hat und keine der Parteien gewissermaßen als Interessenvertreter bevorzugen darf, schränkt die Belehrungspflicht nach § 17 BeurkG dementsprechend ein (vgl. Seibold/Hornick, BNotO, 5. Aufl., § 14 Rz. 37).

Berücksichtigt man diese Grundsätze für die Amtsführung und Belehrungspflicht des Beklagten, so ist schon nach den eigenen Darlegungen des Klägers selbst eine zum Schadenersatz verpflichtende Amtspflichtverletzung nicht erkennbar.

Wie der Entwurf für einen Erbteilsübertragungsvertrag erkennen läßt, den die Bevollmächtigte

des Vaters des Klägers dem Beklagten am 13.3.1989 übermittelte, ging es den Beteiligten darum, den Vater des Klägers nach dem Tode seiner Ehefrau so zu stellen, als wäre dieser Alleinerbe geworden. Unstreitig ist nämlich die Absicht der Eltern des Klägers, insoweit ein gegenseitiges Testament zu errichten, an dem Tode der Mutter des Klägers gescheitert.

Dieser Wunsch aller Beteiligten fand dann seinen Niederschlag in dem Erbteilsübertragungsvertrag, den der Beklagte am 12.4.1989 beurkundete. Dieser Vertrag war allerdings zunächst schwebend unwirksam, weil der mitwirkungspflichtige Bruder des Klägers durch einen Dritten vertreten war und es später zu einer Genehmigung nicht mehr gekommen ist. Ein auf dasselbe Ziel gerichtetes Vertragswerk beurkundete der Beklagte dann am 17.5.1991, wobei allerdings an die Stelle des am 21.4.1989 plötzlich gestorbenen Bruders des Klägers dessen Erben, also seine Witwe und sein Sohn T.C., traten.

Aufgrund dieses Vertrages trat gemäß § 2033 BGB genau die Rechtswirkung ein, die alle Beteiligten beabsichtigt hatten, nämlich den Vater des Klägers nach dem Tode seiner Ehefrau zum alleinigen Eigentümer des hier in Rede stehenden Hausgrundstücks in M., zu machen; denn der Erbteilsübertragungsvertrag entfaltete unmittelbar dingliche Wirkung, die unabhängig vom Verpflichtungsgrund eintrat (vgl. *Palandt/Edenhofer, BGB, 53. Aufl., § 2033 Rz. 13*). Der im Anschluß daran von dem Beklagten beurkundete Vertrag führte dann – wieder in Übereinstimmung insbesondere mit dem Willen des Klägers – dazu, daß sein Vater ihm das alleinige Eigentum an diesem Hausgrundstück übertrug.

Demgegenüber hätte die von dem Kläger für richtig gehaltene Vorgehensweise des Notars gerade dazu geführt, daß zwar im Ergebnis dieselben Rechtsfolgen eingetreten wären, er nämlich Alleineigentümer des elterlichen Grundstücks in M. geworden wäre, dies aber zu einer Veränderung der mittelbar damit verbundenen Folgen bei der Bemessung etwaiger Pflichtteils- und Pflichtteilsergänzungsansprüche eingetreten wäre. Hierbei ist wiederum die Erbfolge nach dem Vater des Klägers von Bedeutung, die dieser zwar zugunsten des Klägers in seinem ebenfalls am 17.5.1991 abweichend von seinem

früheren Testament vom 12.4.1989 änderte, die aber keine endgültige Regelung der Nachlaßangelegenheiten des Klägers bedeuten mußte, da sie keinen erbvertraglichen Charakter hatte.

Die pflichtteilsrechtliche Auswirkungen der vom Beklagten beurkundeten Verträge sind also mittelbare Folgen, die sich nicht unmittelbar aus diesen Verträgen selbst ergeben, sondern nur im Zusammenhang mit weiteren Umständen, also einer unabhängig davon getroffenen Nachlaßregelung und deren Verwirklichung. Vor allem aber hätte der Beklagte – folgt man der Rechtsansicht des Klägers – auf eine Vertragsgestaltung hinweisen und drängen müssen, die in ihren Auswirkungen den am Erbteilsübertragungsvertrag vom 17.5.1991 beteiligten Neffen des Klägers bei der Berechnung seiner Pflichtteils- und Pflichtteilsergänzungsansprüche benachteiligte.

Gerade dies hätte sich mit der Pflicht des Beklagten zu unparteiischer Amtsführung nicht vereinbaren lassen. Darüber hinaus zeigt der Umstand, daß der Neffe des Klägers in der Folgezeit seine Pflichtteils- und Pflichtteilsergänzungsansprüche diesem gegenüber in vollem Umfange durchsetzte, daß er zu einer von den ursprünglichen Absichten der Parteien abweichenden Vorgehensweise gerade nicht seine Zustimmung erteilt hätte. Dies wiederum hätte im Ergebnis dazu führen können, daß bei der Auflösung der Erbengemeinschaft nach der Mutter des Klägers die von allen Beteiligten gewünschte Rechtsfolge erschwert oder gar vereitelt worden wäre, dem Kläger das alleinige Eigentum an dem elterlichen Grundstück in M. zu verschaffen.

Ob der Beklagte in dem Vertrag vom 17.5.1991 über die Erbteilsübertragungen den ursprünglichen Erbteilsübertragungsvertrag v. 12.4.1989 nochmal ausdrücklich hätte aufheben müssen oder ob dies überflüssig war, kann dahingestellt bleiben.

Auf jeden Fall diente es der Rechtsklarheit, wie der Beklagte geltend macht. Im übrigen könnte dies nur dann von Bedeutung sein, wenn hierdurch zusätzliche, aber vermeidbare Notariatsgebühren zu Lasten des Klägers fällig geworden wären. Einen derartigen Schaden hat der Kläger aber weder dargetan noch geltend gemacht.

GI Hinweise

1. In der Reihe „Beck'sche Musterverträge“ wird von Lutje und Dünnebier die Darstellung „Kauf und Verkauf eines Gewerbebetriebes“ vorgelegt. Die Darstellung behandelt alle Rechtsfragen, die sich bei dem Kauf oder Verkauf eines kleineren mittelständischen Unternehmens – z. B. Verkauf eines Ladengeschäftes mit Kundenstamm – ergeben können. U. a. werden behandelt die Themen Anlage- und Umlaufvermögen, Haftung für Verbindlichkeiten, Kaufpreisermittlung, Gewährleistung, Arbeitsverträge, Wettbewerbsverbote etc. (112 Seiten, 1996, Verlag C. H. Beck, München, 36,- DM, ISBN 3-406-40306-9)

2. Prof. Dr. Hans Erich Brandner, Rechtsanwalt beim BGH, vollendete im Mai 1996 sein 70. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß legt der Verlag Dr. Otto Schmidt KG eine Festschrift vor. Diese enthält Beiträge zu zentralen Bereichen des Wirtschaftsrechtes. Das „Autorenmix“ aus Wissenschaft und Praxis deckt eine breite Spannweite der derzeit erörterten Rechtsfragen ab. Die Festschrift spiegelt in anschaulicher Weise den Stand der aktuellen rechtlichen Probleme wider. Die Themen stammen aus dem Bereich des Gesellschaftsrechts, des Verbraucherschutzes, des AGB-Rechts, der Produkthaftung, des Wettbewerbsrechts und des gewerblichen Rechtsschutzes, des Bank- und Kapitalmarktrechtes, des Insolvenzrechtes, des Anwaltsrechts, des Erbrechts und des Strafrechts. Pfeiffer/Kummer/Scheuch (Hrsg.): Festschrift für Hans Erich Brandner zum 70. Geburtstag, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1996, 858 Seiten, Lexikonformat, geb. 248,- DM, ISBN 3-504-06017-4

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 - 11, 1996)

Abschlußprüfung	
– Dritthaftung	96, 176
– und Steuerberatung, § 319 HGB	96, 169
AG-Vorstand	
– als Steuerberater	96, 191
Akteneinsicht	
– Ermittlungsakten, StA	96, 188
– Übersendung?	96, 102

Amtspflichtverletzung	
– für Erfüllungsgehilfen	96, 29
– StB-Kosten	96, 106
Anderkonto	
– Festgeldanlage	96, 216
– Verfügung über Gelder	96, 136
– Verrechnung mit Gebührenforderung	96, 136
Auskunftsvertrag	
– Schaden	
= Grunderwerbsteuer	96, 42
Bankrott	
– mangelhafte Buchführung	96, 54
Bauherrenmodell	
– Schadenersatz, negatives Interesse	96, 129
Belehrungspflicht d. Notars	
– Beweislast	96, 109
– Vorleistung, ungesicherte	96, 109
Belehrungspflicht d. StB/WP	
– Beweislast	
= unterlassene Belehrung	96, 221
– Dokumentationspflicht?	96, 221
– des Freiberuflers	
= gewerbliche Tätigkeiten	96, 281
– Gewerbesteuerücklage	96, 81
– nach Notaranfrage?	96, 117
– Reinvestitionsrücklage	96, 81
– ungefragte –	
= Alternativgestaltungen	96, 242
= bei Notaranfrage	96, 117
= Reinvestitionsrücklage	96, 81
= vollständige –	96, 3
– Wiederholung, Pflicht zur –	96, 221
Bereicherungsanspruch, § 812 Abs. 1, Satz 1 BGB	
– nichtiger Steuerberatungsvertrag	96, 196
Berufshaftung	
– Belehrung über Fehler in den eigenen Arbeiten	96, 183
Berufsverbot	
– d. RA	
= wegen Falschaussage	96, 203
= wegen Zeugenbeeinflussung	96, 203
– d. StB	
= wegen Vermögensverfall	96, 54, 89
Betrug	
– Sicherheiten, vollwertige	96, 120
Beweislast	
– für rechtmäßiges Alternativverhalten	96, 71
– unterlassene Aufklärung/Belehrung	96, 247
– Buchführungsfehler	96, 277
– Empfangsbekenntnis	
= Gegenbeweis	96, 253
BFH-Rechtsprechung	
– Erschließungskosten als Werbungskosten	96, 54
– gewerblicher Grundstückshandel	96, 150
Bilanzberichtigung	
– Vorjahresbilanzen?	96, 233
Bilanzerstellung	
– Rückstellungen	
= verdeckte Gewinnausschüttung	96, 242
Buchführung, mangelhafte	
– Bankrott	96, 54
Buchführungshelfer	
– Jahresabschluß	96, 277
– Vorbereitungsarbeiten f. Abschluß	96, 277
Darlegungslast	
– Buchungsfehler	96, 277
Dokumentationspflicht	
– über Belehrung	96, 247
Dritthaftung	
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	
= Bilanzerstellung	96, 96
= Gesellschaftsgründung	96, 278
= Prüfungsauftrag	96, 71, 176
= Sachverständigengutachten	96, 41
= Testamentserrichtung	96, 39
= Testat	96, 96
Eigentumswohnung	
– Steuerberatungspraxis	
= Nutzungsänderung	96, 52

Einspruch		
- Fristversäumnis		
= WE-Antrag	96, 48	
- Gewerbesteuermeßbescheid		
= Rückstellungsbildung	96, 81	
Einwand rechtmäßigen Alternativverhaltens		
- Beweislast	96, 71	
Entnahme		
- durch Nutzungsänderung	96, 78	
Erfolgshonorar	96, 225	
Erfüllungsgehilfe		
- des Notars		
= bei Grundbucheinsicht	96, 29	
Erlaß		
- Steuerausweis, unberechtigter § 14 Abs. 3 UStG	96, 58	
Ermessensentscheidung		
- Schaden	96, 58	
Finanzgerichtsordnung		
- Klageerhebung, § 42 Abs. 2 Satz 1 FGO	96, 28	
Firma		
- „und Partner“	96, 266	
Fortbildungsveranstaltung		
- Werbungskosten	96, 78	
Freiberufler		
- gewerbliche Tätigkeiten	96, 281	
Fristenkontrolle		
- Ausgangskontrolle		
= Telefax	96, 254	
- Empfangsbekanntnis	96, 252, 253	
- Fristenkontrollbuch		
= Organisationsverschulden, Fristlöschung	96, 107	
= namensgleiche Parteien	96, 124	
= Zustellungsdatum	96, 252	
- Fristüberwachung durch RA		
= bei Aktenvorlage	96, 2, 124	
= Diktatkontrolle	96, 240	
= trotz EDV-Programm	96, 34	
= Fristdiktat, Überprüfung des –	96, 108	
= Gerichtsferien	96, 107	
- Fristversäumnis, unverschuldetes		
= Beförderung d. Post durch neuen Mitarbeiter	96, 35	
= Empfangsbekanntnis, Unterzeichnung d. –	96, 205, 252, 253	
= Faxübermittlung	96, 151	
= Fristberechnung	96, 107, 124	
= Krankheit	96, 145	
= Postverschulden	96, 266	
= Telefonauskunft des Gerichts	96, 152	
= Unterschriftskontrolle	96, 87	
- Telefax		
= Empfang, Ausdruck	96, 216	
= Funktionsfähigkeit	96, 216	
= Sendebericht	96, 254	
= Weisung an Bürokräft	96, 151	
- Unterschriftskontrolle	96, 87	
Garantievertrag		
- Steuerberatungsvertrag	96, 42	
Gebührenvereinbarung		
- und d. Gebührenordnung	96, 267	
Gefälligkeit		
- Verantwortung für –	96, 183	
Gewerbebetrieb		
- des Freiberuflers	96, 281	
verdeckte Gewinnausschüttung		
- Geschäftsführergehalt	96, 242	
- GmbH-Geschäftsführer	96, 188	
- Schaden		
= Gewerbesteuerschaden	96, 242	
= Kapitalabfluß	96, 242	
= Steuervorteile	96, 176	
- Tantieme	96, 188	
GI Aktuell		
- Abzug von Betriebsausgaben	96, 215	
- Anlage E, Bestandskraft	96, 28	
- Erschließungskosten, nachträgliche	96, 54	
- gewerblicher Grundstückshandel	96, 150	
- ausländische Kapitalgesellschaft	96, 215	
- Kinder a. gesch. Ehe		
= Kontaktpflege-Aufwendungen	96, 240	
- Kinderbetreuungskosten		
Alleinerziehender	96, 106	
- Kosten d. Erststudiums	96, 215	
- Mandantenvortrag oder Beleidigung?	96, 215	
- Schriftformerfordernis	96, 18	
- Telefax		
= Fehler b. Empfänger	96, 214	
- Vollmacht, Nachweis der –	96, 28	
GmbH		
- Geschäftsführer	96, 28	
= Steuerhaftung	96, 28	
- Gestaltungsberatung		
= Handwerker-GmbH	96, 241	
- RA- und StB-GmbH	96, 266	
Grundstückshandel		
- ohne Modernisierungen?	96, 2	
Grundurteil		
- Feststellungsurteil	96, 129	
Honoraranspruch des RA		
- Erfolgshonorar	96, 225	
Honoraranspruch d. StB		
- Änderung d. Rechnung	96, 267	
- Bestimmungsrecht, § 366 BGB	96, 207	
- Buchführung		
= Überprüfung und Korrektur	96, 6	
- DATEV-Gebühren	96, 269	
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV		
= Gebührenvorschrift	96, 102	
= Verzug	96, 207	
= Zeitgebühr	96, 269	
- Gebührenrahmen, § 16 StBGebV	96, 269	
= Buchführung	96, 269	
= Lohnbuchhaltung	96, 269	
- Gebührenvereinbarung, § 4 StBGebV	96, 6, 267	
= Auslegung d. –	96, 6	
= nach Kündigung, § 627 BGB	96, 196	
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	96, 267	
- Pfändung d. –	96, 103	
- Verjährung des		
= Buchführungsarbeit	96, 196	
- Verzug		
= Rechnungszugang	96, 207	
- Zahlung e. Teilbetrages	96, 207	
= Bestimmungsrecht, § 366 BGB	96, 207	
- Zeitgebühr		
= Angaben, § 13 StBGebV	96, 94, 269	
= Darlegungslast	96, 94	
= geringere –	96, 196	
Honoraranspruch d. WP		
- Nur Wirtschaftsprüfer	96, 94	
= Steuerberaterleistung	96, 94	
- Steuerberatergebührenverordnung	96, 94	
Internationales Privatrecht		
- Art. 3 Abs. 1 Satz 1 EG BGB		
= US-WP-Gesellschaft	96, 92	
Kausalität		
- Fehler des 2. StB		
= WE-Antrag	96, 47	
- Zwischenpflichtwidrigkeit und Schaden		
= beratungskonformes Verhalten	96, 100	
Klageerhebung		
- beim FG, § 47 Abs. 2 Satz 1 FGO	96, 28	
- Unterschrift	96, 18, 188	
= unterschriebene Vollmacht	96, 250	
Klageverfahren		
- Terminverlegung		
= Krankheit	96, 124	
Konkursverwalter		
- Akteneinsicht, StA	96, 188	
- Steuerhaftung, § 34 AO	96, 103, 240	
- Umsatzsteuerhaftung	96, 240	
Konzernhaftung		
- StB-GmbH und Einzelpraxis		
= US-WP-Gesellschaft	96, 92	
Kostenerstattungsanspruch		
- Umsatzsteuer d. Anwaltskosten	96, 106	
Krankheit d. StB		
- Bestellung e. Bevollmächtigten	96, 233	
- FG-Prozeß	96, 233	
Kreditbetrug		
- vollwertige Sicherheiten	96, 120	
Kündigung des Mandates		
- nichtiger Mandatsvertrag	96, 277	

Mitverschulden			
- Gerichtskostenvorschuß, Zahlung d. -	96, 85	- vermeidbares Steuerberatungshonorar	96, 47
Nichtigkeit, § 139 BGB		- Steuerstrafe	96, 272
- Praxisveräußerung	96, 189	- Steuervorteile	
Notar		= verdeckte Gewinnausschüttung	96, 172
- Anderkonto		- Vertrauensschaden	96, 141
= Festgeldanlage	96, 216	- Zwei-Konten-Modell	96, 114
- Belehrungspflichten		Schätzung (§ 162 AO)	
= Altenteilsrecht	96, 109	- Schätzungsbefugnis	96, 150
= Darlegungs-Beweislast	96, 109	Selbstanzeige	
= mittelbare Rechtswirkungen	96, 284	- durch Dritten	96, 266
= Straßenverkehrsflächen	96, 22	Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB	
= rechtliche Tragweite	96, 284	- rechtswidriges Versäumnisurteil	96, 14
= Verpfändung von Bundesanleihen	96, 139	Sozietät	
= über Wirksamkeitserfordernisse	96, 139	- Anschaffung d. Pkw	96, 71
= Wochenendgrundstück	96, 66	- Anwaltsnotar u. Wirtschaftsprüfer	96, 150
- Erbteilsübertragung		- Kündigung, fristlose -	
= pflichtteilsrechtliche Auswirkungen	96, 284	= wichtiger Grund	96, 229
- Formulierungspflicht	96, 284	- Unternehmereigenschaft d. EU	96, 71
- Grundbucheinsicht		- Zusatz „und Partner“	96, 266
= durch Hilfsperson	96, 29	StB-GmbH	
- Rechtsmittel, unterlassenes	96, 219	- mit RA	96, 266
= Erinnerungen, Mahnungen	96, 109	- mit Zusatz „und Partner“	96, 266
- Vorleistungen, ungesicherte		Steuerberater	
Ordnungsgeld		- Vermögensverfall	96, 54, 89
- Betragsrahmen	96, 120	Steuerberaterprüfung	
- gegen Steuerberater	96, 120	- berufspraktische Vorbildung	
Pensionsrückstellung		= RA-Tätigkeit	96, 2
- Schaden	96, 272	Steuerberatungsgesetz	
Pfändung		- § 1	
- Steuerberaterhonorar	96, 103	= Buchführungsfehler	96, 277
Pflichtteilergänzungsanspruch		- § 5	
- d. Pflichtteilergänzungsanspruches	96, 124	= Steuerberater als	
- Verjährungsunterbrechung	96, 124	= Erfüllungsgehilfe	96, 180, 197
Pkw		= Unternehmensberater	96, 180, 196
- Anschaffung d. Soz. u.	96, 71	- § 9 Abs. 2	
Praxisveräußerung		= verschleierte Vermittlungsprovision	96, 196
- Nichtigkeit d. Kaufvertrages	96, 189	- § 32 Abs. 2,	
- Verschwiegenheitspflicht	96, 189	Verbot gewerblicher Tätigkeit	
Prozeßbevollmächtigter		= Vorstand einer AG	96, 191
- Zustellung an neuen -	96, 154	- § 46 Abs. 3 Nr. 2	
Prozeßvollmacht		= Vermögensverfall	96, 54
- Originalvollmacht	96, 28	Steuerberatungsvertrag	
Prüfungsauftrag		- Nichtigkeit, § 134 BGB	
- Prüfungspflichten, § 318 ff. HGB	96, 71	= Bereicherungsanspruch	96, 196
- Schutzpflichten d. -	96, 71	= unerlaubte Steuerberatung	96, 180
RA-GmbH		Steuererklärung	
- mit StB	96, 266	- Berichtigungspflicht	96, 220
Rechtsanwalt		Steuergestaltungsberatung	
- Beratungspflichten		- Alternativgestaltung	96, 242
= Vermächtnisanspruch,		= geeignete Gesellschaftsform	96, 241
Sicherung des -	96, 155	= Handwerker-GmbH	96, 241
= Versicherungsschutzklage	96, 85	- Saldierung d. Vor- und Nachteile	96, 241
- Testamentserrichtung	96, 37	- Umwandlung	96, 241
- unterlassene Vollstreckung	96, 14	- ungefragte -	96, 242
- Verkehrs-, Prozeßanwalt	96, 183	Steuerhaftung	
Rechtsberatung / Rechtsbesorgung		- GmbH-Geschäftsführer	
- Sozialgericht	96, 260	= Steuerberaterverschulden	96, 28, 266
= Schwerbehindertengesetz	96, 260	Steuerhinterziehung	
- Vermächtnisanspruch		- Berichtigungspflicht	96, 220
= Sicherung des -	96, 155	- Garantenstellung d. Steuerberaters	96, 220
Rechtsprechungsänderungen		Telefax / Telebrief	
- Beweismaßstäbe d. § 287 ZPO	96, 256	- Ausgangskontrolle	96, 254
Regreßprozeß		- Fehler i. Empfangsgerät	96, 214, 216
- Beweismaßstab, § 287 ZPO	96, 256	- Sendebericht	96, 254
- Parteierklärung oder RA-Schriftsatz?	96, 109	Testat	
Sachverständiger		- Vertrauen in -	96, 96
- Dritthaftung		Treuhänder	
= Arglist d. Auftraggebers	96, 41	- Schweigepflicht	96, 103
Schaden		Umsatzsteuer	
- Behördenentscheidung, richtige -	96, 58	- Kostenfestsetzung	96, 106
- Bußgeld	96, 272	- Steuerausweis, unberechtigter § 14 Abs. 3	96, 2
- Ermessensentscheidung	96, 58	= Erlaß	
- Kapitalanlage		Umwandlung	
= Bauherrenmodell	96, 129	- Handwerker-GmbH	96, 241
= negatives Interesse	96, 141	- Saldierung d. Vor- u. Nachteile	96, 241, 278
- Pensionsrückstellung	96, 272	Unternehmenskauf	
- konsolidierte Schadenbetrachtung		- Bilanztestat	96, 96
= Betriebsumwandlung	96, 279	Unterschrift	
= verdeckte Gewinnausschüttung	96, 172	- Doppelname	96, 118
- vermeidbare Steuerbelastung		- Klageerhebung	96, 18, 188
= Grunderwerbsteuer	96, 42	= unterschriebene Vollmacht	96, 250
		- Kontrolle der -	96, 87

Untreue, § 266, 266 a StGB			
- vorenthalten von Arbeitsentgelt	96, 124	BGH v. 20. 2. 1995 - II ZB 16/94	96, 34
- Notar-Anderkonto	96, 124	= NJW 95, 1499 = VersR 95, 1372	
- Regreß gg. GmbH-Geschäftsführer	96, 124	= AnwBl 95, 374 = BB 95, 748	
- Strafzumessung	96, 124	BGH v. 13. 6. 1995 - IX ZR 121/94	96, 37
		= NJW 95, 2551 = DSIR, 1199	
		= WM 95, 1504	
Verjährung		BGH v. 20. 6. 1995 - XI ZB 9/95	96, 144
(§ 51 BRAO a. F., § 51 b BRAO n. F.)		= NJW 95, 2497 = VersR 96, 123	
- Verjährungsbeginn		= DSIR 95, 1481	
= Sicherung d. Vermächtnisanspruchs	96, 155	BGH v. 22. 6. 1995 - LwZB 1/95	
- Werkvertrag	96, 55	BGH v. 22. 6. 1995 - IX ZR 122/94	96, 66
		= NJW 95, 2713 = WM 95, 1883	
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)		BGH v. 18. 9. 1995 - NotZ 45/94	96, 150
- Belehrungspflicht über eigene Fehler		= AnwBl 1996, 45	
und über Verjährungsvorschrift,		BGH v. 21. 9. 1995 - IX ZR 228/94	96, 14
Sekundäranspruch		= NJW 96, 48 = WM 96, 35 = VersR 96, 190	
= Beginn des -	96, 50	BGH v. 28. 9. 1995 - IX ZR 13/95	96, 220
- gem. § 852 Abs. 2, 639 Abs. 2 BGB	96, 125	= betr. OLG Köln GI 1995, 104	
- Hemmung d. Verjährung,		BGH v. 12. 10. 1995 - VII ZB 14/95	96, 240
§§ 852 Abs. 2, 639 Abs. 2 BGB	96, 125	BGH v. 18. 10. 1995 - I ZB 15/95	96, 35
- Verjährungsbeginn		= NJW 96, 319 = VersR 96, 256	
= Folgeschäden	96, 165	= MDR 96, 316	
= Rechtskraft d. Steuerbescheides	96, 125, 165	BGH v. 19. 10. 1995 - IX ZR 20/95	96, 6
= Wirtschaftsberatung	96, 125	= NJW-RR 96, 375 = WM 96, 73 = DB 96, 210	
= Zugang d. Steuerbescheides	96, 125	BGH v. 19. 10. 1995 - IX ZR 104/94	96, 22
- Verjährungshemmung		= NJW 96, 520 = WM 96, 30	
= Einspruchsverfahren	96, 125	= VersR 96, 336 = AnwBl 96, 51	
Vermögensverfall		BGH v. 2. 11. 1995 - IX ZR 15/95	96, 109
- d. Steuerberaters	96, 54, 89	= NJW 96, 522 = WM 96, 84 = VersR 96, 471	
Verschwiegenheit		BGH v. 9. 11. 1995 - IX ZR 161/94	96, 3
- Praxisveräußerung	96, 189	= NJW 96, 312 = WM 96, 71	
- d. Treuhänders	96, 103	= VersR 96, 236 = DSIR 96, 563	
Versicherungsschutzklage		BGH v. 16. 11. 1995 - IX ZR 148/94	96, 55
- Belehrung ü. Klagfrist, § 12, 3 VVG	96, 85	= NJW 96, 661 = WM 96, 540 = BB 96, 453	
Verzug		BGH v. 16. 11. 1995 - IX ZR 14/95	96, 183
- des Steuerberaters	96, 47	BGH v. 22. 11. 1995 - 3 StR 478/95	96, 124
		= wistra 1996, 105	
Vollmacht		BGH v. 23. 11. 1995 - IX ZR 213/94	96, 29
- Nachweis d. -	96, 28	= NJW 96, 464 = WM 96, 81 = VersR 96, 202	
- durch Telefax?	96, 233	BGH v. 23. 11. 1995 - IX ZR 225/94	96, 58
Werbeverbot		= NJW 96, 842 = WM 96, 542 = DB 96, 470	
- Anzeige	96, 240	BGH v. 6. 12. 1995 - VIII ZR 12/95	96, 87
- Sachinformation, § 52, 2 WPO	96, 240	= NJW 96, 998 = WM 96, 538 = BB 96, 185	
Werbung		BGH v. 7. 12. 1995 - VII ZB 27/95	96, 108
- Einladung, Nichtmandanten	96, 260	= NJW 96, 853 = VersR 96, 479 = AnwBl 96, 170	
Werkvertrag		BGH v. 20. 12. 1995 - 5 StR 412/95	96, 220
- Anwendbarkeit d. § 51 b BRAO	96, 55	= wistra 1996, 184	
Wiedereinsetzung		BGH v. 21. 12. 1995 - VII ZB 17/95	96, 151
- Antrag		BGH v. 29. 12. 1995 - IV R 76/94	96, 250
= Begründung	96, 80, 266	BGH v. 9. 1. 1996 - IX ZR 103/95	96, 81
- Beschluß d. Gerichtes		= NJW-RR 96, 569 = WM 96, 551 = BB 96, 526	
= Bindung, § 318 ZPO	96, 144	BGH v. 11. 1. 1996 - VII ZR 85/95	96, 183
- Fristwahrung		= NJW 96, 1278 = WM 96, 1096 = BB 96, 716	
= beantragter Verlängerungszeitraum	96, 151	BGH v. 18. 1. 1996 - III ZR 73/95	96, 118
- Glaubhaftmachung		= NJW 96, 997 = DSIR 96, 475	
= Kopie d. Postausgangsbuches	96, 240, 266	BGH v. 18. 1. 1996 - IX ZR 81/95	96, 139
= Vorlage d. Fristenkontrollbuchs	96, 80, 266	= NJW 96, 2675 = WM 96, 518 = ZIP 96, 588	
- Nachweis d. RA über Absendung	96, 80	BGH v. 29. 1. 1996 - AnwSt (R) 11/95	96, 203
Wirtschaftsprüfer		BGH v. 8. 2. 1996 - VII ZB 21/95	96, 154
- US-Gesellschaft	96, 92	= MDR 96, 736	
Zustellung		BGH v. 8. 2. 1996 - IX ZR 151/95	96, 136
- Datum d. -	96, 252, 253	= NJW 96, 1543 = WM 96, 662 = AnwBl 96, 287	
- Empfangsbekanntnis	96, 253	BGH v. 8. 2. 1996 - IX ZB 95/95	96, 107
- Gerichtskostenvorschuß, Zahlung d. -	96, 85	= NJW 96, 1349 = MDR 96, 530	
- an neuen Prozeßbevollmächtigten	96, 154	BGH v. 8. 2. 1996 - IX ZR 215/94	96, 129
- an StB oder Mandanten	96, 2	= WM 96, 1106 = DSIR 96, 634	
- Verzögerung d. -	96, 85	BGH v. 29. 2. 1996 - IX ZR 150/95	96, 216
- Zustellungsdatum	96, 252	BGH v. 29. 2. 1996 - IX ZR 180/95	96, 125
- zweite -	96, 205	= WM 96, 1106 = BB 96, 1081	
Zwangsvollstreckungsauftrag		BGH v. 4. 3. 1006 - StbSt (R) 4/95	96, 191
- Einwand d. § 826 BGB	96, 14	BGH v. 20. 3. 1996 - VIII ZB 7/96	96, 152
- gegen RA	96, 14	= NJW 96, 1682 = BB 96, 1299	
- rechtswidriger Titel	96, 14	BGH v. 21. 3. 1996 - IX ZR 240/95	96, 196
Zwei-Konten-Modell		= NJW 96, 1954	
- Schaden?	96, 114	BGH v. 26. 3. 1996 - IV ZB 1 + 2/96	96, 205
		BGH v. 27. 3. 1996 - IV ZR 185/95	96, 124
		= NJW 96, 1743	
BGH v. 10. 11. 1994 - III ZR 50/94	96, 41		
= NJW 95, 392			
BGH v. 17. 11. 1994 - IX ZR 208/93	96, 85		
= NJW-RR 95, 252 = WM 95, 212			
= VersR 95, 336			
BGH v. 18. 1. 1995 - 2 StR 693/94	96, 54		
= Wistra 95, 146			
BGH v. 9. 2. 1995 - 4 StR 662/94	96, 120		
= wistra 95, 222			

BGH v. 16.4.1996 – VI ZR 362/95	96, 252	BFH v. 27.2.1995 – V B 54/94	96, 71
BGH v. 22.5.1996 – VIII ZR 194/95 = NJW 96, 2087	96, 189	= BFH/NV 1995, 835	
BGH v. 4.6.1996 – IX ZR 246/95	96, 221	BFH v. 2.3.1995 – IV R 59/94 = BGH/NV 1995, 959	96, 78
BGH v. 10.6.1996 – II ZR 102/95	96, 229	BFH v. 7.3.1995 – VII R 84/94	96, 2
BGH v. 13.6.1996 – III ZR 113/95	96, 225	– Vorinstanz FG Baden-Württemberg	
BGH v. 13.6.1996 – VII ZB 12/96	96, 253	EFG 1994, 983	
BGH v. 13.6.1996 – VII ZB 13/96	96, 255	= StBKammer Rh-Pf KM 8/95	
BGH v. 13.6.1996 – IX ZR 233/95	96, 256	BFH v. 21.3.1995 – III R 259/94 = BFH/NV 1995, 907	96, 2
OLG Bamberg v. 1.2.1996 – 3 W 11/96 = WPK-Mitt. 3/1996	96, 266	BFH v. 21.3.1995 – III R 259/94 = BFH/NV 1995, 907	96, 124
OLG Celle v. 29.11.1995 – 9 U 51/95 = wistra 1996, 114	96, 124	BFH v. 4.4.1995 – IV B 129/94 = BFH/NV 1995, 876	96, 2
OLG Düsseldorf v. 21.7.1994 – 13 U 165/93	96, 281	BFH v. 4.4.1995 – VII R 74/94 = BFH/NV 1995, 1019	96, 54
OLG Düsseldorf v. 13.10.1994 – 13 U 211/93	96, 94	vgl. FG Brandenburg, GI 1995, 144	
OLG Düsseldorf v. 13.10.1994 – 13 U 217/93	96, 47	BFH v. 21.4.1995 – VIII B 133/94 = BFH/NV 1995, 954	96, 103
OLG Düsseldorf v. 8.12.1994 – 13 U 18/94	96, 180	BFH v. 25.4.1995 – VIII R 86/94 = BFH/NV 1995, 1002	96, 80
OLG Düsseldorf v. 9.12.1994 – rkr. nach Nichtannahmebeschluß des BGH v. 3.7.1995 – II ZR 172/95	96, 92	BFH v. 26.4.1995 – I R 22/94 = LEXinform 0127099	96, 28
OLG Düsseldorf v. 16.2.1995 – 13 U 299/93	96, 141	BFH v. 26.5.1995 – X B 335/94 = BFH/NV 1995, 1004	96, 120
OLG Düsseldorf v. 9.3.1995 – 13 U 57/94 ebenso: Urt.v. 9.3.1995 – 13 U 56/94	96, 114	BFH v. 28.9.1995 – IV R 76/94 = BFH/NV 1996, 332	96, 188
OLG Düsseldorf v. 22.6.1995 – 13 U 150/94	96, 50	BFH v. 11.10.1995 – VIII B 106/95 = BFH/NV 1996, 332	96, 188
OLG Düsseldorf v. 6.7.1995 – 13 U 168/95	96, 207	BFH v. 12.10.1995 – I R 4/95 = BFH/NV 1996, 437	96, 188
OLG Düsseldorf v. 12.10.1995 – 13 U 152/93	96, 241	BFH v. 7.11.1995 – IX R 99/93	96, 54
OLG Düsseldorf v. 8.2.1996 – 13 U 255/94	96, 267	BFH v. 9.11.1995 – XI B 149/94 = BFH/NV 1996, 481	96, 233
OLG Düsseldorf v. 26.2.1996 – 3 Wx 279/95 – DB 1996, S. 1178	96, 266	BFH v. 28.11.1995 – VII R 63/95	96, 28
OLG Düsseldorf v. 25.4.1996 – 13 U 81/95	96, 269	BFH v. 29.11.1995 – X B 56/95	96, 80
OLG Frankfurt v. 1.2.1996 – 3 VAs 29/95 = wistra 1996, 197	96, 188	BFH v. 12.12.1995 – IV B 79/95 = BFH/NV 1996, 475	96, 216
OLG Frankfurt v. 20.5.1996 – 20 W 121/96 = ZIP 1996	96, 266	BFH v. 19.12.1995 – VII R 53/95 = BFH/NV 1996, 522	96, 240
OLG Hamburg v. 6.9.1995 – 5 U 100/93	96, 247	BFH v. 19.12.1995 – IX R 5/95	96, 54
OLG Hamm v. 25.11.1994 – 25 U 205/93	96, 242	BFH v. 31.1.1996 – VIII B 102 – 103/94, VIII R 30 – 31/94 = BFH/NV 1996, 566	96, 240
OLG Hamm v. 1.2.1995 – 15 U 116/92	96, 277	BFH v. 8.3.1996 – III R 146/93	96, 106
OLG Hamm v. 3.5.1995 – 25 U 129/94	96, 42	BFH v. 16.2.1996 – I R 150/94 = LEXinform 0136326 = Steuer-Telex 2329	96, 233
OLG Hamm v. 2.6.1995 – 25 U 162/94	96, 272	BFH v. 14.3.1996 – IV R 44/95 = LEXinform 0136322 = Steuer-Telex 2328	96, 233
OLG Hamm v. 5.10.1995 – 28 U 22/95	96, 155	BFH v. 18.3.1996 – IR 103/95 = BFH/NV 1996, 630	96, 266
OLG Hamm v. 13.12.1995 – 25 U 173/94	96, 117		
OLG Karlsruhe v. 23.11.1995 – 9 U 24/95	96, 169	LG Arnsberg v. 10.3.1995 – 2 O 473/94, rkr.	96, 96
OLG Koblenz v. 20.1.1995 – 2 U 1019/93	96, 102	LG Berlin v. 30.4.1996 – 7 O 514/95, rkr.	96, 278
OLG Köln v. 16.3.1995 – 7 U 96/94	96, 172	LG Dortmund v. 15.11.1995 – 6 O 200/95	96, 100
OLG Köln v. 7.6.1995 – 11 U 287/94	96, 165	LG Düsseldorf v. 27.3.1996 – 46 – 132 (95) = WPK-Mitt. 3/96, 231	96, 260
OLG München v. 28.9.1995 – 1 U 2954/95 = StB 1996, 119	96, 106	LG Düsseldorf v. 1.7.1996 – 46 – 133 (95) = WPK-Mitt. 3/96, 231	96, 260
OLG Stuttgart v. 11.5.1994 – 8 W 89/94 = NJW 1995, 2838	96, 103	LG Limburg v. 13.7.1994 – 1 O 112/94	96, 284
OLG Stuttgart v. 25.7.1995 – 12 U 57/94	96, 71, 176		
OLG Stuttgart v. 31.1.1996 – 1 WS 1/96 = wistra 1996	96, 266	FG Brandenburg v. 30.11.1995 – 2 K 50/95 StB	96, 89
KG v. 8.6.1994 – 24 W 5760/93 = NJW-RR 1995, 333	96, 52	FG Bremen v. 13.11.1995 – 295176E2 + 295178E2 = StB 1996, 117	96, 106
BFH v. 26.1.1984 – VR 65/76 = BFHE 140, 121 = BSiBI II 1984, 231	96, 71	FG München v. 18.4.1995 – 7 K 2/93, rkr.	96, 150
BFH v. 18.6.1993 – VR 106/92 = BFH/NV 1995, 306	96, 124		
BFH v. 10.2.1994 – VII B 224/94 = BFH/NV 1995, 812	96, 102	BSozG v. 16.5.1995 – 9 RV 14/94 = Stbg 1995, 566	96, 260
BFH v. 21.6.1994 – VII R 34/92 = BSiBI 1995 II, 230	96, 103		
BFH v. 30.8.1994 – VII R 101/92 = WPK-Mitt. 1995, 99 = BSiBI 1995 II, 278	96, 28		
BFH v. 30.8.1994 – VII R 101/92 = Stbg 1996, 358	96, 266		
BFH v. 8.9.1994 – V R 3/92 = BFH/NV 1995, 834	96, 2		
BFH v. 18.1.1995 – I B 181/93 = BFH/NV 1995, 852	96, 2		
BFH v. 26.1.1995 – IV R 39/93 = BFH/NV 1995, 873	96, 78		
BFH v. 21.2.1995 – VIII R 76/93 = BFH/NV 1995, 989	96, 80		